

Schweizer Demokrat

Zeitung für eine freie und unabhängige Schweiz, vormals «Volk + Heimat»

AZB 5332 Rekingen Werbepreis Fr. 3.- / Jahresabo Fr. 45.- Erscheint monatlich Nr. 7/8 Juli/August 2001 36. Jahrgang

Abschaffung der heutigen Verteidigungsarmee?



Hans Steffen,
a. Nationalrat,
SD/ZH,
Fischenthal

Zurzeit läuft die Vernehmlassung zu einem Revisionspaket des Eidgenössischen Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS). Hier wird nicht etwa die verfehlt Planung der «Armee 95» aufgrund von Reklamationen der Milizkader revidiert, sondern eine neue Armee geplant, welche nicht mehr zu erkennen wäre, sollte dieses Vorhaben realisiert werden.

Sind eigentliche Armee-Abschaffer am Werk?

Vor gut 10 Jahren wurde plötzlich das Projekt 26 (P 26), jene geheime Kerntruppe der Schweizer Armee, welche nach einer allfälligen Niederlage der Armee den Guerilla-Kampf hätte aufbauen und führen müssen, von Journalisten «aufgedeckt» und von Bundesrat und Parlament in einer hektischen Aktion liquidiert. Wenig später erging es dem Projekt 27 (P 27) ähnlich. Jene geheime Informationsorganisation mit weltweit hervorragenden Verbindungen wurde ebenfalls stillgelegt, wobei wichtige Fäden ohne Not gekappt wurden. Dann geriet jene streng geheime Diskette in die Hände fremder Geheimdienste, welche unseren Generalstaboffizieren alle geheimen Informationen über unsere Armee hätte liefern sollen. Der «arme» Oberst Nyffenegger wurde zum Opferlamm gemacht. Im Zuge der Armeeform «Armee 95» wurde das riesige Festungsnetz und eine Unzahl anderer Armeeanlagen – weit über 10'000 Anlagen – stillgelegt, verhöckert oder umfunktioniert. Dabei waren diese Installationen nicht nur mit Milliardenbeträgen gebaut worden, sie waren auch das einmalige Kernstück unserer Verteidigungsarmee des Bürger-Soldaten. Die Armee, welche noch vor wenigen Jahren in einem Ernstfall

einen gesamten Bestand von gegen 800'000 Mann hätte aufbieten können, wurde auf rund 400'000 Mann reduziert. Korpsmaterial im Wert von Hunderten von Millionen wurde verschenkt und verhöckert. Erst kürzlich entliess der Bundesrat – wieder aufgrund von Medienberichten – die zivilen Mitarbeiter des militärischen Nachrichtendienstes, hervorragende Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Medien, welche aus ihren weltweiten Verbindungen wichtigste Informationen für die Lagebeurteilung der obersten Behörden geliefert hatten. Er tat dies ohne Not und nur deshalb, weil einige Personen – wieder von der Presse – gezielt enttarnt worden waren. In den verschiedenen Fällen von Aufdeckungen müssen ohne Zweifel «Maulwürfe» am Werk gewesen sein. Gefunden wurden diese nie! Der Bundesrat weiss offenbar nicht, dass beispielsweise die USA weltweit Bürgerinnen und Bürger für die Central Intelligence Agency (CIA) und Israel nicht nur Bürgerinnen und Bürger weltweit für seinen Geheimdienst Mossad arbeiten lassen. Dafür akzeptiert es der Bundesrat ohne Aufschrei, dass die US-amerikanische National Security Agency (NSA) den gesamten elektronischen Verkehr (Telefon, Fax, Internet, Funk) nicht nur in der Schweiz nach bestimmten Informationen abtasten lässt, nein, Bundesrat Adolf Ogi hat vom Parlament Kredite für ein ähnliches Abhorchsystem mit Anlagen in der Schweiz erhalten, ein System, welches gemäss Insider-Informationen leicht mit dem US-System ECHELON der NSA kompatibel gemacht werden könne. Die hier aufgezählten Tatsachen sollten jeden kritischen Geist alarmieren. Alle diese Veränderungen im Sicherheitsbereich der jüngsten Zeit sind nicht einfach Entwicklungen einer laufenden Politik, sondern müssen von langer Hand geplant worden sein, und dies offensichtlich nicht zum Wohle der Schweiz.

Fortsetzung folgt: Armeeleitbild XXI, Armeeform XXI

Mit dieser Planung will der Bundesrat den vom Parlament zur

Démocrate  Suisse
Pages 17-19
Sonderseiten 12-16
Kritische EU- und UNO-Betrachtung

SD wieder im Aufwind!

Die regelmässige und repräsentative Wählerumfrage des GFS-Forschungsinstituts hat – nicht überraschend – für die SD steigende Werte zutage gefördert. Währenddem die SP und die SVP erwartungsgemäss an Stimmen verloren, legten SD, Lega dei Ticinesi, FDP und PdA zu. Wir Schweizer Demokraten haben noch nie erlebt, dass wir in der Hälfte der Legislatur mit Plus-Werten bedacht wurden, doch hängt dies damit zusammen, dass einerseits die FPS in den Werten gar nicht mehr erhoben wird und andererseits die SVP langsam aber sicher an Zugkraft verliert – was abzusehen war. Wir stellen in letzter Zeit auch eine stete Zunahme der Nachfrage nach unserem Informationsmaterial fest. Auch hatten wir in den letzten Jahren keinerlei Abgänge von Mitgliedern in Richtung SVP hinzunehmen. Unsere SD bleibt weiterhin eine kompakte politische Kraft, mit der in der kommenden Zeit wieder stärker zu rechnen ist!

SD-1.-August-Feier: 40 Jahre SD/NA

Wir feiern unser grosses Jubiläum auf dem «Nollen», Gemeinde Hosenruck TG. Eine Anmeldung ist nicht nötig. Wir rufen sämtliche heimatbewussten Schweizerinnen und Schweizer auf, an unserem grossen Jubiläumstreffen teilzunehmen. **Teilnahme ist für jeden Patrioten Ehrensache!** (Detaillierte Informationen auf den Seiten 4 und 5)

Kenntnis genommenen Bericht über die Sicherheitspolitik «Sicherheit durch Kooperation» (SIPOL B 2000) umsetzen. Die wichtigsten Punkte wurden in der Tagespresse bereits erläutert und seien hier nur stichwortartig wiederholt. Die Zahl der Berufsmilitärs wird erhöht und eine neue Kategorie des Zeitmilitärs geschaffen. Die Altersgrenze für die Militärdienstpflichtigen wird erheblich auf 30 bzw. 34 Jahre bei den Mannschaftsdienstgraden und Unteroffizieren, auf 36 Jahre bei höheren Unteroffizieren und Subalternoffizieren bis hin zu 50 Jahre für Stabs- und höhere Stabsoffiziere reduziert. Neu ist die Dienstleistungspflicht des «Durchdienens», also der Er-

Fortsetzung Seite 2

Inhalt

- 2 Abhörssystem «Echelon»
- 3 UNO: Neuer Erpressungsversuch der USA
- 4 1.-August-Feier
- 6 Rede von Rudolf Keller
- 8 Veranstaltungskalender
- 9 Aus den Kantonen
- 10 SD im Nationalrat
- 11 Der Leser hat das Wort
- 12 Generelle Betrachtungen der EU und der UNO

Abschaffung der heutigen Verteidigungsarmee?

Fortsetzung von Seite 1

füllung der Dienstpflicht in einem Zug.

Die Organisation der Gesamtverteidigung wird durch eine nationale Sicherheitskooperation ersetzt. Armeekorps, Divisionen und Regimenter werden abgeschafft.

Es wird noch 6 bis 8 Brigaden geben. Der Bestand der Armee wird höchstens 220'000 Militärflichtige umfassen.

Es wird «freiwillige» Söldner im Ausland geben und pflichtige Milizionäre.

Der modulare Aufbau ermöglicht insbesondere die internationale Zusammenarbeit für sogenannte «friedensunterstützende Operationen».

Auf die Bildung und den Einsatz kantonalen Formationen wird verzichtet.

Eigentliche Territorialtruppen gibt es nicht mehr.

Die Prinzipien der traditionell bewaffneten Neutralität und der Nichteinmischung der Schweiz in fremde Händel werden aufgegeben und durch einen vom Bundesrat verordneten neuen Neutralitätsbegriff ersetzt.

Dieser lässt die Zusammenarbeit unserer Armee mit Streitkräften anderer Staaten zu.

Eine Annäherung an die NATO

wird im Rahmen der «Partnerschaft für den Frieden» verstärkt. Schon jetzt müssen Offiziere die englische Befehlssprache der NATO lernen. Es liegt auf der Hand, dass auch Material, Waffen und Munition NATO-kompatibel werden müssen, dies zur Freude der grossen Waffenkonzerne, insbesondere der USA. Die schweizerische Rüstungsindustrie ist bereits liquidiert worden; was davon noch übrig bleibt, wird höchstens noch Reparaturen an Armeematerial machen dürfen.

Zusammenfassung

Diese Zeilen wurden geschrieben, bevor das Abstimmungsresultat des 10. Juni zu den Militärvorlagen bekannt war. Eines ist sicher: Im Sicherheitsbereich ist nicht eine Reform im Gange, sondern eine von einer kleinen Clique im VBS und in den militärischen Führungsschulen von langer Hand vorbereitete Revolution, welche letztlich eine Schweizer Armee entstehen liesse, welche diesen Namen nicht mehr verdienen würde.

Der Schreibende ist sich bewusst, dass diese kritischen Gedanken vom US-amerikanischen Echelon-System der NSA aufgezeichnet und auf Umwegen an die Verantwortlichen des Nachrichtendienstes im VBS weitergeleitet werden können. Repressionen gegen einen Rentner sind kaum möglich...

worden wären, amerikanischen Firmen auf Kosten europäischer Gesellschaften Wettbewerbsvorteile zu verschaffen.

Das VBS hat bereits angemessene Massnahmen zum Schutz gegen unzulässige Anhörungen ergriffen, namentlich im Bereich der Verschlüsselung von übermittelten

Informationen. Das EFD hat vergleichbare Schritte eingeleitet, um den Austausch vertraulicher Informationen innerhalb der zivilen Bundesverwaltung sicherzustellen. Was das private Umfeld betrifft, kann in breitem Umfang auf Verschlüsselungsmethoden zurückgegriffen werden.

NEUERSCHEINUNG

«Biopolitik» unseres Redaktionsmitglieds Jean-Jacques Hegg

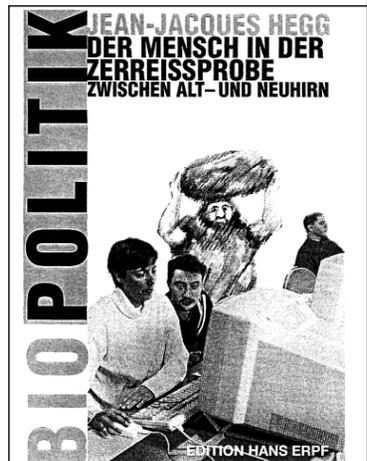
Wissenschaftliche, insbesondere biopsychosozialistische Hintergründe zu politischen Diskussionen um Überfremdung, angeblichen Rassismus, migrationsbedingte Bevölkerungsdichte und Umwelt sowie Gentechnik. Über sie erfährt der Bürger unter dem Druck der «political correctness» selten etwas! Das Buch bildet eine Fundgrube für wissenschaftlich abgesicherte Argumente in der Debatte gegen Globalisten, Internationalisten und Multikulturalisten! Der Verfasser, von Beruf Psychiater, ehemaliger Gemeinde-, Kantons- und Nationalrat, Redaktor der Seite «Leben und Umwelt» hat es ohne selten verwendete medizinische Fachausdrücke geschrieben, so dass es auch für gebildete Laien gut lesbar und verständlich ist.

Biopolitik

Der Mensch in der Zerreihsprobe zwischen Alt- und Neuhirn

Hans Erpf, Bern/München 2001; 411 Seiten, 2 Abbildungen, Paperback, ISBN 3-905520-88-5

Erhältlich für Fr. 44.- im Buchhandel, beim Verlag (Edition Hans Erpf, Postfach 6018, 3001 Bern) oder beim Verfasser Dr. Jean-Jacques Hegg, Greifenseestr. 35, 8600 Dübendorf (einschliesslich Porto und Verpackung).



Im Zusammenhang mit dem erwähnten globalen Horchsystem «Echelon» stellte SD-Nationalrat Bernhard Hess am 18. Juni 2001 dem Bundesrat folgende Fragen:

Globales Abhörssystem «Echelon»

Ein Ausschuss des Europa-Parlamentes (EP) bestätigte Ende Mai erstmals offiziell die Existenz des amerikanischen Abhörsystems «Echelon». «Echelon» überwacht weltweit Telefonate, Fax- und E-Post-Verbindungen sowie das Internet und sucht nach Informationen, die für die US-Regierung sowie für deren Wirtschaft von Interesse sein könnten. Wie beurteilt der Bundesrat die Abhörmöglichkeiten von «Eche-

lon» in der Schweiz? Kann dieses System auch eingesetzt werden, um amerikanischen Firmen Wettbewerbsvorteile unter anderem gegenüber westeuropäischen (schweizerischen) Alliierten zu verschaffen?

Welche Massnahmen sieht die Landesregierung vor, um militärische, wirtschaftliche und politische Informationen künftig vor dem Zugriff des globalen Abhörsystems «Echelon» zu schützen?

Hier die eher schwammige Antwort von Bundespräsident Moritz Leuenberger:

Der Bundesrat ist sich der Probleme bewusst, die sich aufgrund des Systems Echelon ergeben könnten. Der Sicherheitsausschuss des Bundesrates hat Anfang dieses Jahres von einem internen Bericht zu diesem Thema Kenntnis genommen. Der Bericht legt nicht nur die Möglichkeiten eines solchen Systems offen, sondern zeigte auch dessen

Grenzen auf. Der zitierte Bericht des Europäischen Parlamentes kommt auch zum Schluss, dass die Fähigkeiten von Echelon nicht überschätzt werden sollen. Insbesondere könnten die beteiligten Nachrichtendienste nur einen kleinen Teil der enormen Informationsmengen verarbeiten, auf die Echelon den Zugriff ermöglicht. Der Bericht hält auch fest, dass der Beweis nicht erbracht werden konnte, dass die gesammelten Informationen dazu verwendet



Kanton St. Gallen



Jede Unterschrift zählt

Der Stadtrat und der Gereinderat beabsichtigen, zahlreiche neue Integrationsprojekte für die ausländische Bevölkerung in der Stadt aufzuziehen und mit einem enormen Beitrag zu unterstützen – über **1 Million Franken** für nur 2 ½ Jahre und allein für die Stadt. Damit sind wir **nicht einverstanden!**

Jede-r Ausländer/-in findet ein dichtes Netz von Stellen, wo er/sie Auskünfte, Beratung, Hilfe und Beistand holen kann (Zentren für Asylsuchende, geschulte Sozialarbeiter, Kirchen, zahlreiche Hilfswerke etc). Nicht zuletzt hat beinahe jede Nation ihren Verein, wo den Landsleuten ganz direkt Beratung und Aufklärung geboten werden kann.

Regierungsrat U. Stöckling: «Es gilt in St. Gallen seit Jahren eine kantonale Arbeitsgemeinschaft für

Ausländerfragen sowie ein umfangreiches Beratungsangebot». Unserer Meinung nach ist das Netz dieser Hilfsstellen weit verzweigt genug, dass sich die Integrationswilligen zurecht finden können. Mit unserem Referendum stellen wir uns somit gegen die grossangelegten zusätzlichen Integrationsbemühungen des Stadtrates.

Wir bitten Sie, uns mit Ihrer Unterschrift und derjenigen Ihrer Bekannten und Nachbarn zu unterstützen. Jede Unterschrift zählt! Es wäre schön, wenn Sie die 12 Unterschriften beibringen könnten.

Das Referendum läuft ab sofort und muss innert knapp 4 Wochen zustande kommen. Es eilt!

SD-Sektion St. Gallen,
Roland Uhler, Vizepräsident und
alt Gemeinderat

Im Hinblick auf die folgenschwere Volksabstimmung im kommenden Jahr über den UNO-Beitritt beginnen wir heute im «Schweizer Demokrat» mit einer Serie, welche eindrücklich die gravierenden Missstände in der Weltorganisation aufzeigen soll.

UNO: Neuer Erpressungsversuch der USA

Washington verweigert Begleichung von Schulden



SD/He. Wegen des «Rauswurfs» aus der Menschenrechtskommission (MRK) bei den Vereinten Nationen hat das Repräsentantenhaus in Washington beschlossen, einen Grossteil der US-Schulden bei der UNO erst dann zu begleichen, wenn der selbsternannte «Weltpolizist» wieder in das Gremium gewählt worden ist. Die nächste Tranche von 585 Millionen Dollar für dieses Jahr, nämlich rund 244 Millionen Dollar, wurde bereits gestoppt.

Mit der Entscheidung, die Schuldzahlung zu verweigern, will das

Repräsentantenhaus die UN unter Druck setzen, weil die USA jüngst ihren Sitz in der Kommission verloren hatten. Bei der Abstimmung im Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen waren die drei für den westlichen Block reservierten Sitze in der Menschenrechtskommission an Frankreich, Österreich und Schweden gegangen. Damit sind die USA erstmals seit Gründung des Gremiums im Jahr 1947 dort nicht mehr vertreten. Kurz nach der Abstimmung verlor US-Amerika zudem seinen Sitz im UN-Drogenkontrollorgan.

UN-Generalsekretär Kofi Annan zeigte sich zwar über die US-Verweigerungshaltung verstimmt. Einer unmissverständlichen Zurechtweisung des Hauptschuldners der Weltorganisation ging er jedoch aus dem Weg. Eher milde formulierte Annan, er verstehe die Enttäuschung Washingtons, aber es sei nicht der richtige Weg, die UN für die Wahlniederlage zu strafen.

Deutlichere Kritik kam von den

meisten der anderen Mitgliedsländer, die eine Verknüpfung zwischen UN-internen Wahlen und der Rückzahlung amerikanischer Schulden für einen klaren Verstoß gegen die Statuten halten. Denn jedes Land ist zur pünktlichen, vollständigen und bedingungslosen Überweisung von UN-Beiträgen verpflichtet, die es unabhängig von allen politischen Vorgängen in den Vereinten Nationen zu entrichten hat.

Bewusste Überheblichkeit

Angeichts der US-Anmassung stellte ein Diplomat klar, dass die Besetzung von UN-Gremien ganz normalen demokratischen Regeln unterläge, denen sich auch die USA zu beugen hätten. «Erbhöfe» gebe es nicht, auch nicht für die Vereinigten Staaten von Amerika. Die Abstimmung sei offen, das Ergebnis «überraschend» gewesen, heisst es aus dem europäischen Lager. Die USA aber hätten selbst-

herrlich angenommen, ihren Sitz in dem 53 Mitglieder umfassenden Gremium als unantastbar behandelt zu wissen und seien zu keinerlei Absprachen mit den anderen Staaten bereit gewesen. Die USA setzten «traditionell auf ihren Status als Weltmacht» und liessen sich praktisch nie auf Absprachen mit anderen ein.

Für Verärgerung sorgt generell die amerikanische Zahlungsmoral in den Vereinten Nationen. Schon seit längerer Zeit kommt die reichste Nation der Welt ihren Verpflichtungen nicht nach. Auch ein Kompromiss vom Ende vergangenen Jahres konnte den Konflikt nicht lösen. Auch vier Monate nach der Übereinkunft wartete man vergeblich bei der Weltorganisation auf die Schecks aus Washington, was vor allem von europäischen Staaten heftig kritisiert wurde. Tatsächlich ist es die Europäische Union, die mit beinahe 40 Prozent inzwischen die Hauptlast der UN-Financen tragen muss.

Washington fürchtet «Völkergericht»

Angst vor Aufdeckung von US-Schandtaten

Gegen den geplanten so genannten Internationalen Strafgerichtshof wollen die USA massiv vorgehen. Kürzlich hat das Repräsentantenhaus in Washington mit grosser Mehrheit ein «Gesetz zum Schutz der amerikanischen Streitkräfte» verabschiedet. Damit soll verhindert werden, dass US-Soldaten, Beamte und Regierungsmitglieder von dem «Völkergericht» belangt werden. Verfasst wurde das Gesetz von Jesse Helms, Chef des aussenpolitischen Senatsausschusses, der auch Kampagnen gegen «Schurkenstaaten» wie Iran und Kuba initiiert hat. Das US-Militärschutzgesetz verbietet Regierungsstellen, mit dem «Gericht» zusammenzuarbeiten und untersagt zugleich den Staatsanwälten des Tribunals, auf amerikanischem Boden zu recherchieren.

Das «Völkergericht» war 1998 von einer Staatenkonferenz in Rom beschlossen worden. «Es soll Völkermord, schwere Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit ahnden, falls davon betroffene Staaten zu einer Strafverfolgung nicht bereit oder fähig sind», heisst es. Tätig werden kann das «Gericht» aber erst, wenn 60 Staa-

ten den Gründungsvertrag ratifiziert haben. Bis jetzt ist dies durch 30 Staaten erfolgt. Bisher haben 139 Länder den Vertrag unterzeichnet. Dazu gehören alle EU-Mitglieder und fast alle Staaten des Militärbündnisses NATO.

Als Angeklagte tabu

Die USA boykottieren die Einrichtung des Völkertribunals, weil für Washington ein solches «Gericht» nur in Betracht kommt, wenn es selbst die Richter stellt und als Angeklagte nur US-Gegner in Frage kommen. Die sich als «Weltpolizist» fühlende Supermacht will unter allen Umständen verhindern, dass eigene zum Himmel schreiende Schandtaten aufgedeckt werden. In einem Kommentar zum Beschluss des US-Repräsentantenhauses heisst es zurückhaltend kritisch: «Die USA... befürchten, ihre weltweit eingesetzten Soldaten könnten zum Opfer einer politisch motivierten Justiz werden. Einige Politiker argwöhnen zudem, das Völkertribunal könnte als erstes gegen den engen Verbündeten Israel wegen Übergriffen gegen die Palästinenser vorgehen.»

Diplomaten aus Mitgliederstaaten der Europäischen Union zeigten sich über den US-Vorstoss verärgert. «Jetzt läuft auf breiter Front der Grossangriff der Strafgerichtshof-Gegner in den USA», heisst es. Und betont wurde: «Die Europäische Union wird mit nachdrücklicher Unterstützung für das Weltgericht reagieren.» Verwiesen wird darauf, dass nach der Wiener Vertragsrechtskommission Washington mit der Unterzeichnung verpflichtet sei, das «Weltgericht» zu unterstützen. Das «Gesetz zum

Schutz der amerikanischen Streitkräfte» sei deshalb ein «klarer Bruch des Völkerrechts».

Das schert aber US-amerikanische Tribunal-Gegner nicht. So wettert der einflussreiche Holms im Schulterschluss mit Verteidigungsminister Rumsfeld und dem Staatssekretär für Rüstungskontrolle, Bolton, der Internationale Strafgerichtshof sei «ein Monster – und es ist unsere Pflicht, das Monster zu zerschlagen, bevor es gedeiht und uns heimsucht».

UNO-Beitritt — eine Schande für unser Land!

Viele Politiker tun so, als ob es heute modern sei, der UNO beizutreten. Was aber heisst das für einen freiheitlich denkenden Menschen, der sich nicht mit schönen Sprüchen und faulen Fassaden kaufen lässt? In der UNO sitzt ein Lumpengesindel, weil praktisch alle UNO-Länder die schönsten Konventionen unterschrieben haben, aber nichts von alledem einhalten. Keine Menschenrechte, kein Naturschutz, kein Kinderschutz, kein Umweltschutz, keine Freiheitsrechte für Kulturen und Religionen, keine Selbstbestimmung, keine minimalen Löhne, Kinderarbeit, Frauendiskriminie-

rung etc. Im Sicherheitsrat mit Vetorecht für alle Mehrheitsbeschlüsse sitzt der Herr Chinese! Wahrlich ein «feiner Mann»! Tausende von Tibetflüchtlingen sind auch in unserem Lande. Tibetische Frauen werden zwangsweise unterbunden, Arbeitsplätze erhalten junge Einwanderer aus China. Die tibetische Kultur und Religion wird systematisch verfolgt und ausgerottet. Die Freiheit der Tibeter und das Selbstbestimmungsrecht stehen überhaupt nicht zur Diskussion. In China wird seit Jahrzehnten auch die römisch-katholische Kirche ver-

Fortsetzung von Seite 3

folgt; es gibt katholische Bischöfe, die seit über 30 Jahren in den chinesischen Kerkern schmachten... China hat Formosa oder genannt Nationalchina – eine Gründernation der UNO – aus dem Glaspaalast in New York verbannt. China vertrete alle Chinesen, hiess es und

die anderen UNO-Staaten haben sich von Rotchina einschüchtern lassen. Wahrlich eine feine Gesellschaft! Viele Dinge gibt es noch darüber zu berichten (nächste Ausgabe); eines ist aber heute schon ganz sicher: Wer ins «Lotterbett» der UNO steigt, wird selbst zum Lotterbuben...!

WS

Informationen zur SD-Jubiläumsfeier

Busfahrplan ab Bahnhof Wil SG zur 1. August-Feier auf dem Nollen (Hosenruck)

Hinfahrt

Offizieller Kurs (GA und Halbtaxabonnament gültig)

Wil Bahnhof ab	9.10
Hosenruck Post an	9.24
zum Hotel Nollen 3 Gehminuten	

Extra Kurs (GA und Halbtaxabonnament **ungültig**)

Wil Bahnhof ab	10.02
Hotel Nollen an	10.15

Rückfahrt

Offizielle Kurse (GA und Halbtaxabonnament gültig)

Hosenruck Post ab	16.32 und 18.32
Wil Bahnhof an	16.51 und 18.51

Zur weiteren Orientierung

Die Busse fassen ca. 80 Personen inkl. Stehplätze.

Die offiziellen Kurse werden sofern nötig doppelt geführt, aber nicht der Extra-Bus.

Im Extra-Bus kann nur einfach gelöst werden und das GA oder Halbtaxabo ist ungültig.

Fahrpreis Bahnhof Wil nach Hosenruck bzw. Nollen

Einfach Fr. 5.-; Retour Fr. 10.-



Das Hotel Restaurant Nollen wurde dank seiner herrlichen Aussichtslage, dem grosszügigen Platzangebot und den guten Zufahrtsmöglichkeiten zu einem der bekanntesten Treffpunkte der Ostschweiz und des süddeutschen Raums.

Die herrliche Rundschau vom «Nollen» reicht vom Bodensee über die Säntiskette und Churfürsten bis hin zu den Glarnerbergen und ins Berner Oberland.

Der freundliche Service, das gepflegte Angebot aus Küche und Keller und nicht zuletzt die realen Preise machte es bis weit über die Kantons- und Landesgrenzen hinaus bekannt.



Aufruf an Gründungsmitglieder der NA / SD

Liebe Gesinnungsfreunde

Wer bereits 1961 an den damaligen Veranstaltungen teilgenommen hat und seither Mitglied ist, sende bitte folgenden TALON an: Schweizer Demokraten, Postfach 8116, 3001 Bern.

Ich bin Mitglied der ersten Stunde

Name: Vorname:

Adresse:

PLZ: Ort:

Geburtsjahr:

Ich nehme an der 1.-August – 40-Jahr-Feier teil

JA NEIN

Extracar ab Zürich

Am Mittwoch, 1. August 2001.

Abfahrt: 8.30 Uhr Carterminal Sihlquai, Zürich.

Anzahl: ca. 40 Personen.

Route: Fahrt ab Zürich via Zürich-Nordring – Winterthur – Wil – Bronschhofen – Wuppenau – Hosenruck (Bundesfeier auf dem Nollen) – Rückfahrt am späteren Nachmittag zu den Einsteigeorten.

Landeshymne

Trittst im Morgenrot daher, seh ich dich im Strahlenmeer, Dich, du Hoherhabener!

Herrlicher!

Wenn der Alpen Firn sich rötet, betet, freie Schweizer, betet! Eure fromme Seele ahnt, Eure fromme Seele ahnt, Gott im hehren Vaterland, Gott im hehren Vaterland!

Kommst im Alpenglühn daher, find ich dich im Stemenmeer, Dich, du Menschenfreundlicher! Liebender!

In des Himmels lichten Räumen kann ich froh und selig träumen; denn die fromme Seele ahnt, denn die fromme Seele ahnt, Gott im hehren Vaterland, Gott im hehren Vaterland!

Fährst im wilden Sturm daher, bist du selbst uns Hort und Wehr, Du, allmächtig Waltender! Rettender!

In Gewitternacht und Grauen lasst uns kindlich ihm vertrauen! Ja, die fromme Seele ahnt, ja, die fromme Seele ahnt, Gott im hehren Vaterland, Gott im hehren Vaterland!

Neu: Briefmarkenkleber

"Das freie Wort"



25.9.94 - Rass. Abstimmung
"der grosse Volksbetrug"

Bogen A4 mit 36 Stück Fr. 3.- (auch in Briefmarken)

Bestellung: SD Thurgau, Postfach 656, 8501 Frauenfeld

Einladung zur Teilnahme an der grossen
1.-August-Feier 2001
der Schweizer Demokraten –
40 Jahre Schweizer Demokraten (SD/NA)

Wir feiern unser grosses Jubiläum, organisiert durch
die SD-Sektion Wil und Umgebung, Hotel-Restaurant «Nollen»,
Gemeinde Hosenruck TG (siehe Situationsplan)

Eine Anmeldung ist nicht nötig. – Extrabus 10 Uhr ab Bahnhof Wil/SG

- 10.15 Uhr Musikalischer Auftakt mit Fahنشwingern, Alphornbläsern und der Ländlerkapelle Toggenburger Gruss
Begrüssung durch Gemeinderat Hans Wohlwend, Wil
- 10.30 Uhr Rede von SD-Zentralsekretär und Nationalrat Bernhard Hess, Bern
Grüsse aus der Westschweiz, von Lonny Flückiger, Cernier
- 11.00 Uhr Versteigerung von zwei ???
- 11.15 Uhr Unterhaltung mit dem Jodlerklub Wil
- 11.30 Uhr 40 Jahre Schweizer Demokraten/Nationale Aktion, von alt Nationalrat Hannes Steffen, Fischenthal
- 12.00 Uhr bis 14.15 Uhr gemeinsames Mittagessen
- 14.15 Uhr Ländlerkapelle Toggenburger Gruss, anschliessend eine Versteigerung
- 14.30 Uhr Musikalische Unterhaltung mit dem Jodlerklub Wil, Fahنشwinger und Alphornbläser
- 14.45 Uhr Rede von SD-Zentralpräsident und alt Nationalrat Rudolf Keller, Frenkendorf
- Anschliessend gemeinsames Singen der Nationalhymne mit dem Jodlerklub Wil, Ausklang mit der Ländlerkapelle Toggenburger Gruss
- 16.00 Uhr Schluss der Veranstaltung
- Menues:** Hackbraten, Kartoffelstock, Gemüse Fr. 16.50
Kalbsvoressen, Kartoffelstock, Gemüse Fr. 18.50
Gemüselasagne Fr. 11.50

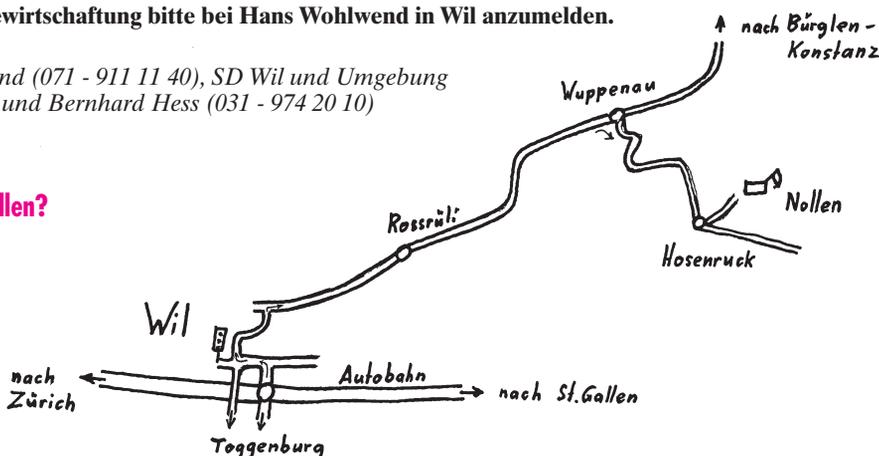
Wir hoffen auf eine sehr grosse Teilnahme seitens unserer Mitglieder und Sympathisanten.

Unsere Sektionen sind gebeten, Fahrgemeinschaften oder Fahrgelegenheiten mit Kleinbussen zu organisieren. Grosse Busse sind wegen der Parkplatzbewirtschaftung bitte bei Hans Wohlwend in Wil anzumelden.

Die Organisatoren: Hans Wohlwend (071 - 911 11 40), SD Wil und Umgebung
 Namens der SD Schweiz: Rudolf Keller und Bernhard Hess (031 - 974 20 10)

Wie komme ich mit dem Auto auf den Nollen?

Autobahnausfahrt Wil benutzen, dann nach links Richtung Stadt, beim 1. Lichtsignal nach rechts Richtung Konstanz nach Rossrüti – Wuppenau, in Wuppenau rechts nach Hosenruck, in Hosenruck links hinauf zum Hotel Nollen



Seldwyla, Bundesräte, SBB, Neutralität, UNO und EU-Diktatur!

Rede von Rudolf Keller, an der SD-Delegiertenversammlung vom 9. Juni 2001 in Basel

«Sie sind ein Arschloch, so einen miesen Typen sollte man zur Hölle schicken oder durch ein Minenfeld laufen lassen!»

Liebe Delegierte und Gäste

Solche und ähnliche Post kann in einem SD-Zentralpräsidenten-Briefkasten landen. Politiker müssen heutzutage leider mit Drohungen leben. Auch andere Politiker erhalten derartig primitive Post mit Drohungen und einer Wortwahl weit unter der Gürtellinie. **Aber es kommt keinem richtigen Schweizer Politiker in den Sinn, solche gesammelten anonymen Drohbriefe zwei Wochen vor einer Volksabstimmung auszupacken und sie zwecks Stimmungsmache für seine Sache der Öffentlichkeit vorzulegen. Denn es ist bei uns in der Schweiz allgemein Usanz, solche Dinge unter dem Deckel zu halten und schon gar nicht damit Abstimmungskampf zu betreiben.** Und das hat auch seine Richtigkeit, denn man will nicht noch weitere Leute ermuntern, derartige Drohungen auszustossen.

Aber in Seldwyla schon!

Also, in der Schweiz hätte so etwas nicht passieren können, wir haben ja auch nur Bundesräte und keine Minister. Aber unlängst ist dieses unwahrscheinliche Szenario im Staate Seldwyla abgelaufen und auch Radio Eriwan hat darüber berichtet. **Die Seldwyler Oberkriegsgurgel, ein Minister, wusste nicht mehr ein und aus. Da sann er nach Rache.** Er studierte, was er wohl unternehmen könne, um die Öffentlichkeit nicht mit Argumenten, sondern mit Emotionen auf seine Seite zu ziehen. Allerdings mit fragwürdigen Emotionen. Das wusste der besagte Minister schon. Aber die Sache war so heiss und bränzig, wie man in Seldwyla sagt, dass ihm das Fell davonzuschwimmen schien. Er war ein gescheiter, aber halt ein gar zartbesaiteter Mann, obwohl er sich mit Kriegsdingen beschäftigen musste. Wie gut tat es ihm in seinem Gemüt, dass sich gleich noch die ganze Seldwyler Regierung mit ihm, dem armen malträtierten Mann, solidarisierte. So konnte er doch plötzlich wieder Hoffnung schöpfen, und er rechnete sich schon aus, dass er auf diese Weise sein Anliegen in der Volksabstimmung doch noch durchbringen würde. **Aber da hatte er die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Die Seldwyler Bürgerinnen und Bürger standen auf**

und schrien ihm entgegen: Sei nicht so zimperlich, Kriegsgurgel, wegen diesem unflätigen Brief machen wir doch kein Büro auf. Wenn es dir zu viel wird, dann musst du halt deinen Posten räumen. Wir finden schon einen Ersatz für dich. Und eines sagen wir dir noch dazu: Wir wollen keine Seldwyler Truppen in Eriwan stationieren. Denn Seldwyla war immer neutral. Seldwyla war stattdessen jeweils mit dem rosaroten Dreieck, einer Hilfsorganisation für bedrängte Menschen, vor Ort. So konnte Seldwyla viel mehr und besser helfen als mit Militärtruppen. Das war der solidarische Beitrag der Seldwyler zu Gunsten der bedrängten und bedrohten Menschen.

Keine Chance gegen Forsch

Eigentlich waren die Seldwyler ein schlaues Völklein. Zwar pilgerten manchmal auch Seldwyler Minister zu anderen Regierungen ins Ausland, aber nicht so oft wie ihre Nachbarn. **Sie wussten, wer sich rar macht, ist stark. Und sie wussten auch, dass man mit Duckmäuserpolitikern nicht in Verhandlungen mit anderen Staaten gehen sollte.** Eigenartig, denn obwohl sie das wussten, wählten sie Herrn Brav zum Präsidenten. Das missfiel aber vielen Seldwylern. Lange Zeit hatte Herr Brav keine grossen politischen Probleme. Als er aber mit dem Regenten Forsch des nördlichen Nachbarlandes über den grössten Seldwyler Flughafen und seine Zu- und Abflüge verhandeln musste, wurde er schwach. Brav war viel zu brav und Forsch war viel zu forsch! **So leichtfertig verkaufte noch nie ein Seldwyler Politiker die Souveränität seines Landes.** Doch Brav hatte Glück, er konnte noch etwas im Amt bleiben, erst zwei Jahre später, bei den Gesamterneuerungswahlen 2003, musste er es mit einer Wahlniederlage büssen. Auch Kriegsgurgels Position wurde erst dann, dafür aber umso empfindlicher, geschwächt. Wie man hörte, waren die Seldwyler sehr verärgert über ihre schwachen und anpasserischen Politiker und fast die Hälfte der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger stimmten halt mit Nein, als es drum ging, Seldwyler Truppen nach Eriwan zu schicken.

Nein: EU, Dänemark, Irland

Meine Damen und Herren, wie froh sind wir, dass so etwas in der Schweiz nicht vorkommen kann!



Rudolf Keller

Kommen wir darum – nach diesem Ausflug nach Seldwyla – wieder zurück zu schweizerischen Problemen. Denn wir haben grosse anstehende Fragen, die einer Lösung harren. Aber immerhin sind wir nicht allein mit unserem Europa-Problem. **Zuerst stimmte Dänemark gegen Europa, dann stimmte die Schweiz gegen Europa und gestern stimmte Irland gegen Europa.** Weshalb ist das wohl so? Weil vor allem kleine Länder immer mehr merken, dass sie innerhalb der EU erdrückt werden. Es regieren in der EU die Grossen, angeführt von den Deutschen und Franzosen, und bereits die Engländer und Italiener sind nur noch Zweitklassländer innerhalb der Organisation. **Sie wollen Europa regieren, die grossen, abgehobenen Herren Staatschefs. Ums Volk kümmern sie sich überhaupt nicht.** Die Staatsschefs entscheiden, ihre Völker haben zu gehorchen. Sie können meist nicht mitbestimmen. Ich aber wage die Feststellung, dass, wenn es in Deutschland oder Frankreich eine EU-Abstimmung gäbe, auch ein negatives Resultat herauskäme. Wovor haben sie denn Angst, die Herren Diktatoren zu Brüssel? Die Antwort ist einfach, sie haben Angst, Macht zu verlieren. **Je grösser die EU ist, umso grösser ist die Macht dieser Wenigen, die nur von einigen wenigen tausend willfähigen Gehilfen unterstützt werden. Europa, respektive die EU ist heute kein demokratisch aufgebautes Gebilde, sondern wie zu Napoleons Zeiten eine glatte Diktatur.** Das sogenannte Europaparlament hat auch nichts zu sagen. Dort tummeln sich einige Hundertschaften von Parlamentariern auf des Volkes Kosten. Sie leben fürstlich,

diese Damen und Herren, übrigens auch sehr oft Sozis, und sie geniessen ihre vermeintliche Vormachtstellung innerhalb von Europa, selbst wenn sie eigentlich gar nichts zu sagen haben. Hauptsache, sie sitzen in Brüssel. Zusammen mit den ach so geliebten Bürokraten.

Der Euro und die Osterweiterung

Den Euro wollten sie ganz Europa als neue Währung verpassen. Wir wissen schon, weshalb da nicht alle Länder mitmachen, und noch besser weiss es der Herr Toni Blair, der fürchtet sich nämlich vor der Euro-Abstimmung, weil er diese hochkant verlieren würde. Wenn es aber auch noch in England ein Nein zur EU gibt, dann wird es für die Herren, welche das Grosseuropa errichten wollten, langsam eng. **Denn am Tag, wo sie die sogenannte Osterweiterung der EU umzusetzen beginnen, werden die Völker aufmucken dagegen. Klar und deutlich wird man in allen Ländern den Widerstand gegen diese volksfremde EU-Organisation zu spüren beginnen.** In allen Ländern werden immer mehr Menschen erklären, dass sie nicht von Fremdarbeitern aus den Ostländern überschwemmt werden wollen. Wir wollen auch nicht die aus der Türkei und aus anderen muslimischen Ländern. **Europa soll christlich und europäisch bleiben. Und die einzelnen Völker wollen ihren nationalen Charakter behalten.** Ihren nationalen Charakter wollen sie alle nicht in Brüssel abgeben, Herr Bundeskanzler Schröder. Da haben die Franzosen schon recht. **Ich bin deshalb hier und heute einmal mehr sehr zuversichtlich, dass diese EU eines Tages schlicht auseinanderfallen wird.** Sie muss auseinanderfallen, denn so grosse unnatürliche Gebilde hatten nie eine Chance zum Überleben. In der ganzen europäischen Geschichte scheiterten alle diese Grossgebilde, man denke nicht nur an Napoleon, auch das russische Reich, das Dritte Reich, alle fielen über kurz oder lang wieder auseinander. Und so wird auch die EU eines Tages in sich zusammenfallen. Das glauben wir und dafür kämpfen wir, in der Schweiz, aber auch in den anderen Ländern Europas, bei jeder Gelegenheit, die sich bietet.

Anbieter sind verfilzt und anpasserisch

Leider haben es unsere Anpasser in Bern noch nicht gemerkt. Sie schleimern noch immer um diese

EU herum. Sie sind auch nicht bereit, negative Volksentscheide zu akzeptieren. **Wenn es in einer Volksabstimmung ein Nein gibt, veranlassen sie jeweils eine Umfrage, die sie nach ihrem Gusto zu rechtbiegen können.** Damit wird dann begründet, dass alles nicht so gemeint war und dass das Volk schon für die EU sei. So haben sie es nach dem Schweizer Nein gemacht und so oder noch dreister haben es die EU-Fritzen gestern Abend nach dem Irland-Nein gesagt. Sie erklärten einfach, es ginge alles weiter wie bisher. Sie sagten so quasi, diese Abstimmung sei gar nichts wert. Die Osterweiterung werde trotz dem Abstimmungsausgang in die Wege geleitet. Das haben sie schon beim dänischen Nein so gemacht. **Die sind skrupellos und kennen kein Hindernis, auch eine Volksabstimmung zählt da nicht. Dänemark zwang man einfach ein zweites Mal abzustimmen. Und in Irland sagt man, dass man diese Abstimmung auch wiederholen müsse.** Zu Schweizer Politikern, welche in diese Organisation hinein wollen, haben wir nicht viel zu sagen, ausser dass sie sich dafür schämen sollen. Unser Land an eine solche Organisation ausliefern zu wollen, ist verwerflich. Wir sind nicht bereit, unsere Demokratie auf dem Altar der EU-Diktatur zu opfern. Und wir werden bis zum Letzten dagegen ankämpfen, und ich bin zum Glück von Jahr zu Jahr überzeugter, dass wir Erfolg haben werden. **Auch auf das Bankgeheimnis werden wir nicht verzichten. Die Ost-Südoststeinwanderung wollen wir nicht. Unser Land ist schon genug überfremdet. Der Euro ist ohnehin ein Schuss hinten hinaus.** Als brave, buchstabengetreue Schweizer nur zahlen und zahlen und zahlen: Nein Danke! Den Herren Deiss, Leuenberger und Schmid rufe ich zu: Schaut etwas mehr und besser für uns Einheimische. **Der SVP rufe ich zu: Statt dass ihr die AHV-Renten kürzen wollt, würdet ihr besser dafür schauen, dass es den vielen Einheimischen mit kleinem Portemonnaie besser geht.** Aber eben. Der Klüngel in Bern hat andere Prioritäten. Sie haben ja jüngst wieder bewiesen, dass sie alle unter einer Decke stecken. Die Grossbank gibt den Freisinnigen Geld für eine Abstimmungskampagne, die FDP gibt hundertausend Franken davon an ein SP-Abstimmungskomitee weiter. Das ist die reale Schweiz des Jahres 2001. Sie ist verfilzt, verbandelt, und in Bern ist jeder von jedem abhängig. Auch die SVP steckt mitten in diesem Kuchen drin. Diese Partei ist unglaubwürdig, weil sie einesteils immer wieder Opposition macht und andererseits dann wieder Regierung spielt. Figgi und Mühli oder der Batzen und s Weggli: Beides zusammen kann man auf die Dauer nicht haben. Die SVP muss sich entscheiden, wohin ihr Weg führen soll. Denn das Erwachen der Bür-

gerinnen und Bürger, welche der SVP ihre Stimme gegeben haben, wird kommen. Dann schlägt das Pendel wieder zurück. **Auf ewig wird die SVP ihren hohen Wähleranteil ohnehin nicht halten können. Und dann schlägt wieder unsere Stunde. Das wissen wir, deshalb bleiben wir alle in der SD bei der Stange.**

Gegen Überfremdung und Kriminalität

Wer kämpft denn gegen die immer unerträglicher werdende Überfremdung? Etwa die SVP, welche sich für mehr Saisonier-Einwanderer stark macht? Ich sehe überall und immer mehr schwarz – das darf nicht so weitergehen. Die Kriminalität nimmt ständig mehr Überhand. Das geschieht alles im Kleinen, oft verborgen. Und es ist in keiner Statistik nachzulesen. Die Zustände an manchen Schulen werden immer unerträglicher. **Ungezählt viele Schweizer Kinder werden von aggressiven Ausländerkindern geplagt.** Kunststück. Die meisten Ausländerkinder stammen aus ganz anderen Kulturen mit völlig andern Traditionen. Und bei uns finden sie sich nicht mehr zurecht. Diese Ausländerpolitik ist unmenschlich. Unmenschlich gegenüber uns Einheimischen und unmenschlich gegenüber den Ausländern. Denn – und gestern haben sie wieder einen neuen Einwanderungsrekord gemeldet – wenn der Ausländerbestand einmal das Ausmass wie in der Schweiz angenommen hat, dann sind diese Leute in ihrer grossen Mehrheit nicht mehr zu integrieren. **Wie will man so viele verschiedene Völker und Volksgemeinschaften unter einen Hut bringen? Auch viele Zweit- und Drittgenerationler schaffen es nicht, sich vollständig zu integrieren.** Ich mache immer wieder die Probe aufs Exempel. Man muss nur jungen Ausländern aufmerksam zuhören, dann stellt man fest, dass sie zwischen Schweizerdeutsch und ihrer Muttersprache kunterbunt abwechseln. Sie beherrschen deshalb auch meist weder ihre Muttersprache noch unsere deutsche Sprache. Und noch etwas stelle ich immer wieder fest: **Wenn diese jungen Ausländer unter sich sind, dann beginnen sie wieder in ihrer Muttersprache miteinander zu reden. Da soll mir doch niemand sagen, dass die integriert sind bei uns. Solche Leute kann man doch nicht einbürgern.** Wenn wir immer mehr dieser Leute bei uns einbürgern geht mit fast jeder Einbürgerung ein Stück unserer Heimat und Kultur verloren.

Bundesräte sollen SBB 2. Klasse reisen

Und diejenigen, auch die Bundesrätinnen und Bundesräte, sind sich all dessen schlicht nicht bewusst. **Die sollte man mal eine Woche als**

versteckte Mäuschen morgens und abends in die SBB schicken. SBB zweite Klasse, selbstverständlich. Dort erlebt man die Überfremdung unseres Landes wortwörtlich, manchmal auch aggressiv. **Die FDP-, SVP-, SP- und CVP-Partei-führer fahren natürlich mit ihren Karossen, also können sie das gar nicht erleben. Die wissen gar nicht, wie das ist. Sie wissen nicht, dass der 70er Bus von Basel nach Reigoldswil heute ein Bus ist, wo die ausländischen Fahrgäste in der Mehrheit sind. In diesen Bussen werden regelmässig Sitze aufgeschlitzt.** Und man wage es ja nicht zu sagen, dass man die Füsse nicht auf die Polster legen dürfe. Falls diese Damen und Herren Partebonzen mal SBB zweite Klasse fahren würden, wären sie in manchem Raucherabteil einem grauslichen Raucher-Gestank ausgesetzt. Dann nämlich, wenn diese jungen Leute drögelten, haschen und – das habe ich alles schon x-fach erlebt – fixen. **Die besagten Damen und Herren der sogenannten Schweizer Führungselite haben es aus ihren Elfenbeintürmen heraus leicht, wenn sie behaupten, dass alles nicht so schlimm sei. Es ist nicht nur schlimm, es ist katastrophal. Und zunehmend geht jede Ordnung verloren.** Man frage nur einmal einen Hausabwart. Diese Leute könnten darüber Bücher schreiben. Und meist betrifft es Ausländer. Natürlich sind auch immer einige einheimische Jugendliche dabei, sie sind aber in der Minderheit. **Wer hat denn die Messer auf den Schulhöfen eingeführt? Doch sicher nicht wir Schweizer!**

Nicht resignieren – kämpfen!

Meine Damen und Herren, liebe Gesinnungsfreunde, die Wut auf solche Zustände ist gross. **Aber sehr viele haben schlicht resigniert und sich vom öffentlichen Leben abgemeldet. Die gehen auch nicht mehr stimmen. Und das ist unser Potential. Es ist unermesslich gross, mindestens fünfmal so gross wie die Stimmzahl, die wir bei Wahlen jeweils machen! Diese Leute müssen wir aufwecken.** Das ist aber nur möglich, wenn wir sie im persönlichen Gespräch angehen. Wenn wir also auf diese Leute direkt zugehen. Bisher haben wir das nicht gemacht. Von nun an müssen wir es tun. Und es ist die Aufgabe eines jeden Mitgliedes unserer Partei, ein neues Mitglied anzuwerben. Da sind viele Leute. Und viele entschlossene Leute können auch grosse Leistungen erreichen, wenn sie wollen. Aber wir wählen den demokratischen, schweizerischen Weg, um unserem Ziel näher zu kommen.

Unsere Schweiz soll weniger Kleinkriminalität haben.

Unsere Schweiz soll das Drögeln auf allen Ebenen konsequent bekämpfen.

Unsere Schweiz soll wieder sauber und ordentlich sein.

Unsere Schweiz soll die traditionellen schweizerischen Werte hochhalten.

Macht unsere Armee noch Sinn?

Wenn die vorhin erwähnten Grundsätze alle eingehalten werden können, hat es noch einen Sinn, eine Armee zu haben. Doch sind die heutigen Schweizer «Generäle» meilenweit von diesem Weltbild entfernt. **Die Armee, wie sie für morgen geplant wird, ist immer unglaubwürdiger für uns. Es geht den Armeeführern und dem Bundesrat nur noch darum, möglichst oft im Ausland militärisch zu gefallen.** NATO-kompatibel wollen sie sein. Deshalb ist unser Land der sogenannten «NATO-Partnerschaft für den Frieden» beigetreten. Die EU ist einer der beiden politischen Arme der Weltregierenden, die NATO im Verbund mit der UNO ist der andere Arm. In diese beiden Fänge wollen sie uns langsam, Schritt für Schritt drängen. Da hat dann auch eine Demokratie keinen Platz mehr. Ich habe seinerzeit im Nationalrat gefordert und wir werden es erneut tun, dass man über die Mitgliedschaft in der sogenannten «NATO-Partnerschaft für den Frieden» eine Volksabstimmung durchführt. Aber die Parlamentarier haben das selbstverständlich abgelehnt, auch die Linken, welche doch sonst immer so NATO-kritisch sind. **Ich frage mich als Patriot, was sollen wir mit einer Schweizer Armee, die nur noch der NATO dient?** Hat eine solche Armee für uns überhaupt noch einen Sinn? Diese Fragen lasse ich für heute bewusst so offen im Raum stehen. Aber die Zeit wird sehr schnell kommen, wo wir sie klar beantworten müssen.

Gegen UNO, ONE-WORLD und Zentralismus

Was ist eigentlich der Sinn dieser grossen, zentralistisch geführten Organisationen wie EU, NATO oder UNO? Die Antwort liegt auf der Hand: In gutem Neudeutsch heisst sie **ONE WORLD. Auf der ganzen Welt sollen dieselben Richtlinien fürs gesellschaftliche Leben aufgestellt werden und diese Richtlinien werden, von den wenigen führenden Leuten dieser Organisationen durchgesetzt. All das umsetzen können sie aber nur, wenn sie die Macht der Medien haben.** Denn via die Medien läuft diese ONE-WORLD-Strategie. Es gibt ungezählte internationale Konventionen, welche auch unser Land unterschrieben hat; die Kinderkonvention, die Anti-Rassismuskonvention und ihre Gesetze-



Drogen, Alkohol: Zerfall der Sitten

17 Jugendliche aus Effretikon, welche im Konfirmandenlager Bier getrunken haben und sich nicht an die vorher miteinander abgemachten Lagerregeln gehalten haben, sollen erst im Herbst konfirmiert werden. Ein Bravo dem mutigen Pfarrer, der gradlinig handelte. Man weiss es ja ohnehin, dass viele schlechte Sitten, importiert aus dem Ausland, Einzug gehalten haben. So weigern sich immer mehr Lehrerinnen und Lehrer, Schulla-

ger durchzuführen. Bis zur Hälfte der 15-jährigen Jugendlichen sind nikotinsüchtig. Drogen, Joints und Alkohol sind ebenfalls an der Tagesordnung.

Gesucht sind deshalb junge mutige Lehrerinnen und Lehrer, die willens sind durchzugreifen und für mehr Ordnung in den Schulen zu sorgen. Und die Behörden sollten endlich den von Ausländern organisierten Drogenhandel rigoros bekämpfen.

Veranstaltungskalender

Kanton	Sektion	Veranstaltung
	SD Schweiz	1.-August-Feier und 40 Jahre SD/NA (vgl. Programm S. 4+5)
Aargau 	Bezirk Aarau Bezirke Baden / Brugg / Zurzach Sektion Kulm Bezirkspartei Lenzburg	Stammtisch jeden 1. Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Dietiker in Suhr Stammtisch jeden 1. Dienstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Winkelried, Wettingen Stammtisch jeden 1. Freitag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Central, Reinach Stammtisch jeden 1. Freitag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Lindenhof in Schafisheim
Baselland 	Sektion Reinach und Umgebung	Jeden ersten Montag im Monat um 19.30 Uhr Stamm im «Reinacherhof»
Bern 	Stadt Bern Sektion Berner Oberland-Ost und Berner Oberland-West Sektion Oberaargau/ Mittelland/ Emmental Sektion Schwarzenburg/Seftigen/Laupen Sektion Thun/Konolfingen	Sommerpause Höck jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Hotel Milan in Ringgenberg Stammtisch jeden dritten Montag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Fankhauser in Langenthal SD-Stamm immer am letzten Montag im Monat ab 20.00 Uhr im Tea-Room Vreneli, Guggisberg Stamm jeden letzten Freitag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Romantic, Pestalozzistr. 95, Thun
Luzern 	Innerschweiz	Höck jeden 1. Montag im Monat ab 19.30 Uhr im Hotel Spatz, Obergrundstrasse 103, Luzern
St. Gallen 	Sektion St. Gallen und Umgebung Sektion Wil und Umgebung	Stammtisch jeden letzten Mittwoch im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Dufour, St. Gallen. Kein Stamm im Juli – wir feiern mit der SD Schweiz den 1. August und 40 Jahre SD (NA). Jeden 2. Montag im Monat um 20.00 Uhr im Restaurant Fass in Wil.
Zürich 	Sektion Bülach Sektion Dielsdorf Sektion Hinwil Sektion Limmattal Sektion Uster Sektion Winterthur Stadt Zürich	Stammtisch jeden letzten Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Sternen, Kirchgasse 36, Kloten Stammtisch jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Hardegg (beim Bahnhof), Regensdorf Monatsstamm jeden 1. Donnerstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Metzg, Walderstr. 19, Hinwil Stammtisch am ersten Dienstag des Monats, ab 19.30 Uhr, Restaurant Nassacker in Schlieren Stammtisch jeden zweiten Donnerstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Hecht in Dübendorf Monatsstamm jeden 1. Donnerstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Hörnli, Winterthur-Töss Höck am 1. Donnerstag im Monat im Rest. Krone, Schaffhauserstr. 1, Zürich-Unterstrass

Ausländer schlägt brutal zu!

Weil Roger dem lieben Mehmet (Türke) keine Zigaretten geben wollte, wurde in Oberwil ein junger Schweizer Gymnasiast zusammengeschlagen. Wir stellen fest, dass sich das Gefasel von der Integration junger Ausländer immer mehr in Luft auflöst. Auch die jüngste brutale Geiselnahme eines Türken, der in unserem Lande aufgewachsen ist, zeugt nicht eben von grosser Integration. Die Mentalität ist und bleibt eben anders! Das ändert sich auch nicht durch erleichterte Einbürgerungen...

Jugendliche kiffen immer mehr!

Auf eine Anfrage unseres SD-Landrats Franz Ammann, Muttenz, schrieb der Baselbieter Regierungsrat: «Nach unserer Feststellung konsumieren Jugendliche allgemein früher und in höherem Masse Suchtmittel.» Eine Zunahme ist beim Alkohol und Nikotin zu vermerken. Beim Cannabis-Konsum müsse gar von einem «starken Anstieg» gesprochen werden. Zusätzlich würden vermehrt verschiedene Drogen konsumiert. Immer häufiger würden psychosoziale Probleme diagnostiziert. Diese jungen Leute landeten vermehrt bei den Jugend- und Drogenberatungsstellen. Und wir «dummen» Bürgerinnen und Bürger bezahlen das dann mit unseren Steuern und immer höheren Krankenkassenprämien. Deshalb sagen wir: Nein zur Freigabe des gesundheitsschädigenden Haschisch!

Nick Lüthi hält fest, weder ehrenamtlich noch professionell für das Parteiorgan «Schweizer Demokrat» zu schreiben. Sein Artikel zu den Satellitenanlagen in Leuk wurde aus dem Internet «www.heise.de» übernommen.

Die SD-Redaktion

Kranke Schulen – kranke Gesellschaft – trübe Aussichten!

Viele Alarmglocken haben in den letzten Jahren und Jahrzehnten geläutet. Viele Lehrerpersönlichkeiten und wertvolle Pädagogen – Frauen und Männer – haben voll Wehmut ihr geliebtes «Handwerk» in den Schulklassen an den Nagel gehängt. Immer wieder haben Verantwortliche ihre Sprach- und Hilfslosigkeit gegenüber den realen Problemen verwischt mit gross angekündigten und proklamierten Reformen und Reförmchen. Heute geht auch dies nicht mehr! Es täte gut, endlich auf die Warner zu hören. Gemeint sind damit jene Lehrkräfte, die aufgegeben haben oder sich heute noch mehr oder weniger schüchtern zu Worte melden...

Das beste für das Kind!

Diese Aussage müsste über allen Bemühungen stehen. Diese Devise müsste für alles und alle gelten. Doch auf diese Frage folgt sogleich die nächste: Für welches Kind? Wir haben heute in den Klassen vielleicht Kinder aus über 15 Nationen mit total verschiedenen Religionen und Wertmassstäben. Wie also soll das «Musterkind» aussehen? Natürlich, wir sind in einer christlich-abendländischen Kultur; trotzdem, so viele Gäste und Zuwanderer sind überhaupt nicht gewillt, auch nur ein Jota nachzugeben und sich anzupassen. Multiplizieren wir diesen Zustand mit 15, haben wir in den Schulen die grössten Probleme!

Seldwyla, Bundesräte, SBB, Neutralität, UNO und EU-Diktatur!

Fortsetzung von Seite 7

bung sind nur zwei Beispiele davon. **Wahrscheinlich wissen unsere Oberen in Bern schon gar nicht mehr, was sie da so alles unterschrieben haben. Hauptsache, die Schweiz ist dabei.** Hauptsache, unsere Bundesräte dürfen in der Weltgeschichte herumreisen und am Empfängen teilnehmen. Hauptsache, die meinen gar noch, sie seien wichtig auf dieser Welt. Dabei sind sie in Tat und Wahrheit nur kleine Sandkörnerchen, aber vielleicht zum Teil sogar willfährig willfährige Helfershelfer dieser ONE-WORLD-Strategie. Manche nennen sich sogar UNO-Sonderbotschafter. Und in diese UNO, das Überdach dieser Welt, wollen sie nun unser Land auch noch lotsen. Sollen sie es mal probieren. Wir werden Widerstand leisten. **Ende Januar 2001 äusserte Mary Robinson, die UNO-Hochkommissarin für Menschenrechte, Kritik an den europäischen Haltungen gegenüber Einwanderung und Asyl und erklärte, dass Europa angesichts der fallenden Geburtenraten schon aus wirtschaftlichen Gründen mehr Einwanderer benötige. Auch unsere liebe Frau Bundesrätin Metzler war an dieser Konferenz zugegen!** Nach Meinung von Frau Robinson ist ein multikulturelles Europa unausweichlich, es gebe daher keine Alternative zu Toleranz und Diversität. UNO-Generalsekretär Kofi Annan stellte bei dieser Gelegenheit fest, dass Scheinasylanten nicht Kriminelle seien und ein erfolgloser Asylantrag nicht bedeute, dass dieser unberechtigt gewesen sei. Zu oft versuchten Regierungen, potentielle

Gute Semis vor die Säue geworfen...

Im unsinnigen EU-Anpassungswahn haben die Erziehungsdirektoren und Regierungsräte – trotz Volks-Nein zur EU – eben doch alles auf EU-Niveau hinuntergedrückt. Eine hochstehende Semiausbildung mit weltweiter Anerkennung wird jetzt schrittweise auch im Thurgau der EU angepasst. Diese Verschlechterung der Ausbildung und Qualifikation mittels Pädagogischer Hochschule ist ein Skandal gegen demokratische Volksentscheide! Sie bringt aber auch Unruhe, Aufwand, Verunsicherung und wenig qualifizierte Aktionen – zum Schaden der Kinder!

Asylbewerber daran zu hindern, überhaupt bis zur Grenze vorzudringen. Das sei alles zu ändern, zu Gunsten einer relativ freien Völkerwanderung. Immer mehr versucht die ONE-WORLD-Regierung, uns auch in Einwanderungsfragen dreinzureden. Und das gefällt natürlich dem Herrn Bundesrat Deiss, der sich schon auf dem Phöтели neben dem amerikanischen Präsidenten sieht. **Der UNO-Beitritt ist deshalb nicht einfach ein Beitritt in irgendeine Gesellschaft, es ist der Eintritt in die Gesellschaft, in die Multi-Kulti-ONE-WORLD-Organisation.** Es gäbe dazu noch sehr viel mehr zu sagen. Aber verschieben wir das auf den Abstimmungskampf, den wir entschlossen führen werden.

SD: Mit Zuversicht in die Zukunft

Liebe Gesinnungsfreunde, grosse Aufgaben stehen unserer Partei bevor. 40 Jahre sind nicht genug, weitere 40 Jahre müssen aufgrund der Fülle der Probleme folgen. **haben wir Mut und Zuversicht, dass es uns gelingen wird, die schlimmsten Auswirkungen der internationalistischen Politik zu verhindern.** Einiges haben wir in den letzten Jahren schon bewerkstelligt und noch viel mehr liegt vor uns. Das heisst aber auch, dass wir nicht liebkind spielen dürfen, dass wir immer wieder die Zähne zeigen müssen, auch wenn das manchmal unbequem ist. Egal ob wir am morgigen 10. Juni gewinnen oder nicht, **wir sind bereit, für Volk und Heimat einzustehen, für die Unabhängigkeit und Neutralität unseres Landes zu kämpfen.** Diese Botschaft müssen wir fest in unseren Köpfen verankern, dann werden wir weiter einen erfolgreichen Kurs steuern.

Deutsche Muttersprache – solides Fundament für alle!

Jedes Kind muss von einer soliden Sprachbasis ausgehen können, um darauf weiteres Sprachwissen aufzubauen. Frühfranzösisch oder sogar ein Frühenglisch könnte zu einem unnützen, ja hinderlichen Ballast werden. Ein Frühfranzösisch «leicht» ist Unsinn und bringt später, bei einem weiteren Sprachaufbau überhaupt nichts, im Gegenteil! Die Basis Deutsch ist umso wichtiger, als ja viele Ausländerkinder da sind mit einer anderen Muttersprache. Gerade sie brauchen Zeit und Hilfe, um die deutsche Sprache wirklich perfekt und genau erlernen zu können. Auch da wären die Vorschläge unserer Partei vor Jahren schon Gold wert gewesen! Wir haben verlangt, dass alle Einwanderer – also ganz besonders die Eltern der heutigen Ausländerkinder – verpflichtet sind – gekoppelt mit einem Arbeitsplatz – wirklich und professionell Deutsch zu lernen; doch dieses SD-Verlangen wurde von Profitgierigen und Geschäftemachern belächelt...

Bildung ja – aber multikulturelle Bildung kommt nicht in Frage!

Wenn von Bildung die Rede ist, kann nur von einer Schweizer Bildung die Rede sein. Eine multikulturelle Bildung ist nicht möglich, ohne dass langfristig der ganze Staat zusammenfällt! Wer in unser Land kommt, um hier Annehmlichkeiten, Existenz und Auskommen zu finden, muss auch und unbedingt gewillt und bereit sein, seine Kinder im schweizerischen Bildungsbereich einschulen zu lassen. Da kann und darf es nicht angehen, dass z.B. Moslems oder Fundamentalisten versuchen, ihre Massstäbe und Moralvorstellungen in die Schulstuben zu zwingen! Hier müssten Regierung und Arbeitgeber endlich vor der Vergabe einer Arbeitsbewilligung Klarheit reden und die nötigen Verträge unterzeichnen lassen.

Gewalt und Terror gegen Schule und Lehrerschaft

Grössten Lehrermangel haben wir heute in jenen Klassen mit den höchsten Ausländeranteilen, so in den Oberstufen, Real- und Sonderklassen. Die Gewalt dringt an die Lehrkräfte und Mitschüler vor allem von aussen. Oft sind es versteckte Drohungen, plumpe Annäherungen und Unverschämlichkeiten. Darüber klagen vor allem die Lehrerinnen. Es zeigt sich dabei oft auch die mangelnde Ach-

tung gewisser Ausländer gegenüber den Frauen schlechthin. Auch da wieder mangelt es an Zusammenarbeit und Zusammenarbeitsbereitschaft der ausländischen Eltern. Da sie keine Verträge und Erklärungen unterzeichnen mussten, bevor sie in unser Land kamen, haben heute viele die verrückte Idee, hier ihre Kultur – unter vielen anderen – installieren zu können. Doch beides wird nie möglich sein, eine leistungsstarke Schule und Ausbildung der Kinder und eine Abschottung und Abriegelung der verschiedensten Kulturen und Religionen. Ex-Jugoslawien zeigt allen Träumern, wie es am Ende aussehen wird...

Unfähige Regierungsparteien – arme Lehrerschaft, armes Land!

Profitgeile Unternehmen haben jahrelang nur eines gewollt und wollen es leider immer noch: Billige Arbeitskräfte! Alles andere war Nebensache. Man holte Leute aus fremden Religionen, Kulturen und bis auf die Zähne verfeindeten Volksgruppen. Hauptsache war und ist, die Arbeiter sind billig und die «Kassen gewisser Unternehmer klingelten». Um das Volk und die Mahnerstimmen zu beruhigen, wurden im Schulsektor Reformen an Reformen gehängt. Immer wieder begleitet von grossem Mediengetöse, aber ohne fachliche Qualifikation! Die immer neuen Anforderungen, Programme und Reformen haben der Lehrerschaft mehr als zugesetzt und vielen den Umstieg erleichtert. Dazu kommen nun immer mehr Familiennachzügler, die schon in der Pubertät sind und kaum etwas lernen wollen. Viele glauben, im Paradies zu sein, wo Milch und Honig fliesst! All diese gewaltigen Reibungspunkte, all diese Störefriede in Schulen und Betrieben, die sehr oft nicht mehr wollen, als ein paradiesisches Leben im Paradies Schweiz zu geniessen – natürlich und wenn immer möglich ohne jede Anstrengung, sie alle machen unser Land definitiv kaputt! Sie zerstören die Einheit Schweiz und die Wirtschaft- und Denkkraft Schweiz! Sie sind Teil unserer kranken Gesellschaft rund damit zerstören sie – beziehungsweise jene, die das alles zugelassen haben – unser Land und unsere Existenzgrundlage. Arme Jugend unseres Landes! Wie gut, dass jetzt EU-Jünger trotz Volksnein die Grenzen öffnen können! Denn wir brauchen ja dringend Lehrer...

Fortsetzung Seite 10



Motion Bernhard Hess (SD)

Mehr einheimische Musik am Radio

Im Hinblick auf die vorgesehene Revision des Radio- und Fernsehgesetzes wird der Bundesrat ersucht, zur Förderung und Erhaltung einer eigenständigen schweizerischen Musikkultur eine Gesetzesänderung vorzuschlagen, wonach für die Radioprogramme eine Quote für einheimische Musikwerke festgelegt wird. Mit der Änderung soll angestrebt werden, dass das einheimische Liedgut (alle Musikaufnahmen von schweizerischen Urheber/innen oder Interpret/innen, resp. Produzent/innen sowie Aufnahmen, die massgeblich

unter schweizerischer Beteiligung zustandegekommen sind) mindestens 20 Prozent der musikalischen Werke ausmacht. Dabei soll auch darauf geachtet werden, dass die Titel schweizerischer Herkunft zu günstigen Sendezeiten ausgestrahlt werden.

Begründung

Einheimisches Musikschaffen hat immer weniger Platz in den Radioprogrammen. Schweizer Radiostationen vernachlässigen Schweizer Musik und aktuelles Musikschaf-

fen stark. Mit einem nationalen Musikanteil von unter zehn Prozent (Die Musik-Patrioten: Italien über 50%, Frankreich 40%, Schweden 35%, Österreich 20%) bilden Schweizer Radiosender im internationalen Vergleich das Schlusslicht. Kulturschaffende, die einheimische Musikbranche und viele Radiohörer können diese unerfreuliche Situation nicht weiter akzeptieren. Deshalb fordern jetzt auch zahlreiche Vertreter aus der Musikszene eine Quotenregelung. Jede Sendestunde mindestens einen einheimischen Musiktitel ist das Ziel. Gemäss ihrer Vernehmlassungsantwort zum neuen Radio- und Fernsehgesetz ist für die einheimische Musikszene und insbesondere für die Action CH-Rock und den Schweizer Musikrat eine Quote von 20 Prozent der einzige Ausweg aus der anhaltenden Misere.

Der Anteil einheimischer Musik (also von schweizerischen Interpret/innen, Urheber/innen oder Produzent/innen) beträgt im Durchschnitt jedoch lediglich etwa 6 Prozent. Während einige wenige Radiostationen einen Zehntel oder mehr ihres Musikprogramms mit Titeln schweizerischer Herkunft bestreiten (vorbildlich sind insbesondere das Radio Berner Oberland und das Aargauer Radio Argovia), beläuft sich der CH-Anteil bei den meisten anderen – ins-

besondere den grossen Sendern in Ballungsgebieten – auf weniger als 5 Prozent. Das ist zuwenig!

Eine Quote von 20 Prozent entspricht einem bis zwei einheimischen Titeln pro Sendestunde. Dass dies machbar ist, belegt eine Studie. Immerhin weisen die öffentlich-rechtlichen Sender eine Durchschnittsquote von rund 15 Prozent aus (DRS1: 22,5 %, DRS2: 14,2 %, DRS3: 8,1 %).

Mit der Erfüllung der vorgeschlagenen Quote würde sich der Anteil einheimischer Musik am Radio mindestens verdoppeln und dem reichhaltigen schweizerischen Musikleben wichtige Impulse geben. Doch dafür ist auch ein Umdenken der Programmverantwortlichen nötig. Sie sind aufgefordert, stündlich ein bis zwei heimische Musikstücke einzuplanen – sowohl von Etablierten als auch von jungen Autoren und Komponisten, egal welcher Stilrichtung. Ich bin überzeugt, dass hierfür geeignete Titel in ausreichendem Mass und von genügender Qualität zur Verfügung stehen und sich dies mit den Programmkonzepten vereinbaren lässt. Die vorgeschlagene Sendequote dient zudem auch zur Eindämmung des fortschreitenden anglo-amerikanischen Kulturimperialismus, der insbesondere auch in der Musikbranche (weltweit) seine Konditionen diktiert.

Kranke Schulen...

Fortsetzung von Seite 9

Auch die Regierung muss es zugeben: So kann es nicht weitergehen!

In Anbetracht der gewaltigen schulischen, menschlichen und gesellschaftlichen Probleme sollten langsam auch die letzten Hinterbänkler der Regierungsparteien ehrlich eingestehen: «So kann und darf es nicht weitergehen!» Auch die Regierung, Regierungsrat Koch und die Erziehungsdirektoren dieses Landes sollten aufhören, mit immer neuen und fragwürdigen Reformen und Reförmchen auf Politur zu machen und dabei immer mehr Lehrer zu fru-

strieren. Auch die Umstellung der Seminare auf ein tieferes EU-Niveau der pädagogischen Hochschulen ist ein böser Fehler, eine grobe Missachtung des Volkswillens. Was also soll geschehen? Alle wissen es ganz genau, alle kennen die Fakten – es gibt nur eine Lösung: Schluss mit weiterer Einwanderung! Wir brauchen Jahre und Jahrzehnte, um auszubügeln und wettzumachen, was bisher verloren ging!

Schweizer Demokraten,
SD Thurgau:

Werner Bätcher, Dussnang,
Kantonale Parteileitung;
Hans Meyer, Kreuzlingen, Kantonale Parteileitung;
Willy Schmidhauser, Dettighofen,
Kantonpräsident



Gedanken zum Flüchtlingstag

Ich meine, dass man die Bezeichnung ändern sollte. Da fanden sich Stände der Spanier, der Deutschen, der Griechen, die, soviel ich weiss, keine Verfolgte und Flüchtlinge sind. Also könnte der Tag «Ausländertag» heissen. Oder tönt das zu wenig anziehungskräftig?

Von vielen Artikeln in der Zeitung wurden wir eingestimmt auf diesen Tag, der unter dem Motto «Respekt» steht. Da lese ich: «Respekt verdient der Mut, den Flüchtlinge aufbringen, um ihre Heimat zu verlassen; die Beharrlichkeit, mit der sie Schwierigkeiten bewältigen und die Zielstrebigkeit, mit der sie den Neuanfang betreiben.» Aber da denke ich an die vielen Menschen, die trotz oft schlechter Situation nicht flüchten, sondern den Mut haben, in ihren Land zu bleiben. Vielleicht fehlt manchmal auch das

Geld für Reise und Schlepper, oder der Fluchtweg wäre zu ungünstig. Verdienen nicht eigentlich diese Menschen, die dort mit Beharrlichkeit ihr Schicksal auf sich nehmen, am meisten Respekt?

Das Schicksal auf sich nehmen – da denke ich an unsere Grosseltern, die während des ganzen Zweiten Weltkriegs beharrlich jeden Tag durchzustehen hatten. Die Soldaten jahrelang auf ihren Posten, die Frauen mussten die Landwirtschaft und die Geschäfte durchbringen. Niemand habe über die Arbeit und die kargen Rationen gemurrt, man sei über jede Nacht und jeden Tag froh gewesen, die man heil überstanden habe. Mit innerer Kampfbereitschaft, den Willen zum Durchhalten, der Hilfsbereitschaft untereinander und dem grossen Zusammengehörigkeitsgefühl habe man durchgehalten. Diese Generation unserer Väter, die wir noch kennen oder gekannt haben, würde unsern allergrössten Respekt verdienen. Hat man ihr auch einen besonderen jährlichen Tag gewidmet, sozusagen einen Dankbarkeitstag? Aber nein. Dafür begann vor Jahren ein Kesseltreiben gegen diese Generation, aus dem Ausland. Viele einheimische Personen des öffentlichen Lebens beeilten sich, die Vorwürfe aufzunehmen und zu verbreiten. Kein Mut war vorhanden, sich für die Generation einzusetzen, deren allergrösster Teil sich für unser Land eingesetzt hatte.



Kanton St. Gallen



Stand der Schweizer Demokraten in St. Gallen mit Bier überschüttet

St. Gallen. Ein Stand der Schweizer Demokraten (SD) in St. Gallen ist nach Angaben der Parteispitze von Unbekannten mit Bier überschüttet worden.

Die Sektion St. Gallen der Schweizer Demokraten sammelte am Samstag Unterschriften für das Referendum gegen das städtische Integrationskonzept.

Wie unterschiedlich doch die Ehrungen verteilt werden, ist bitter für die Überlebenden der damaligen Zeit. Sie nämlich hätten gar nie die Möglichkeit gehabt, Flüchtlin-

ge zu werden. Sie waren rundum eingekesselt, ohne Ausweg, und mussten ihr Schicksal – was auch immer komme – auf sich nehmen.

Silvio Zannin, St. Gallen

Ärger am Abstimmungssonntag

Gross der Aufwand gegen das Militärgesetz. Trotzdem haben wir gut schweizerischen Stimmbürger eine erneute Niederlage einstecken müssen. Nach Öffnung des Landes für jeden x-beliebigen Einwanderer, Drogenhändler, Waffenschieber, Messerstecher, öffnen sich jetzt die Grenzübergänge gar fremden Armeen. Wiederholt nahm ich – mit Militärhistorikern – teil an Führungen zu Befestigungswerken: Schützengräben am Hauenstein aus den Jahren um 1914, Festungen am Gotthard – auf General Dufour zurückgehend und mit enormen Kosten weiter ausgebaut – doch zeigte man uns nur die alten, ausgemusterten Anlagen. Mit der verlorenen Abstimmung vom 10. Juni ist auch hier Öffnung ange-

sagt: gemeinsame Übungen mit ausländischen Truppen. Die für über 99 Prozent der Schweizer unzugänglichen Kavernen am Gotthard, in den Engnissen von St-Maurice und Sargans können ab jetzt zu «gemeinsamen Übungen» benützt werden. Sie verlieren ihre abschreckende Wirkung. Ich war nicht wenig erstaunt, als mir vor einigen Jahren ein früherer bayrischer Offizier im bündnerischen S-charl eröffnete, er hätte im letzten Krieg durchaus gewusst, wie die Gotthardfestung einzunehmen wäre. Nun aber sind nicht nur die Grenzen offen, sondern auch die Alpenfestungen. Die Wortspielerei mit der Kooperation hat man Adolf Ogi und Samuel Schmid abgekauft.

Robert Berner, Rheinfelden

Wo bleibt die Solidarität unter Genossinnen und Genossen?

Für die Armee-Abstimmungen vom 10. Juni haben die Armee-Abschaffer entgegengesetzte Parolen ausgegeben. Die Konsequenzen empfahlen 2 x Nein. Sie sind gegen Schweizer Soldaten, sei es im In- oder Ausland, und wollen auch kein fremdes Militär in der Schweiz. Die Unkonsequenzen sprachen sich für 2 x Ja aus. Sie sind zwar gegen eine Schweizer Armee im Inland, aber für bewaffnete Schweizer Soldaten im Ausland, und sie akzeptieren zudem ausländisches Militär in der Schweiz. Das ist nur schwer verständlich, wurde aber von vielen Wählern geschluckt, umso mehr als auch in anderen Parteien die Meinungen divergierten.

Noch weniger verständlich erscheint mir, dass die Unkonsequenzen unter den Genoss(inn)en ihren Ahstimmungskampf nicht mit eigenen Mitteln, sondern mit dem recht schönen Betrag von 0.1 Millionen der von ihnen so verfehmten UBS bestritten haben. Wie wurde dieses kapitalistische Geld eingesetzt? Die leitenden

Köpfe der Ja-Sager haben damit vorwiegend persönliche Propaganda betrieben. Ihre Inserate enthielten wohl Ja-Parolen. Augenfänger war aber immer Bild und Name eines der unkonsequenten Armeegegner, sei es Barbara Haering, Andreas Gross oder Mario Fehr. Ihnen war das Bankengeld willkommen, um sich für die eidgenössischen Wahlen schon heute zu empfehlen. Die Wahlpropaganda mit den Mitteln des Gegners ging natürlich vorwiegend auf Kosten der Kolleg(inn)en aus der eigenen Partei. Es lässt sich ja nicht unbedingt ausschliessen, dass die SPS Sitze verlieren wird.

Sich mit Geldern des Grosskapitals zu profilieren um einen Vorsprung vor den Parteigenoss(inn)en herauszuholen, dafür lässt sich auch die Hypothek in Kauf nehmen, eine unkonsequente Haltung vertreten zu müssen. Käuflichkeit? Solche Gedanken tauchen natürlich nur bei bösen Menschen auf, denen interne Parteipolitik zudem fremd ist.

Prof. Dr. Hans Brandenberger, Rigi Kaltbad/Minusio

Estland-Volk gegen EU-Beitritt

Eine Umfrage bei der Estländer Bevölkerung ergab, dass 53 Prozent gegen einen EU-Beitritt sind. Befürworter sind lediglich 23% bei 24% Unentschiedenen. Estland befürchtet bei einem EU-Beitritt Preiserhöhungen und die Aufgabe

der staatlichen Souveränität. Das Land habe lange genug einer «Union» angehört, meinen viele Esten in Anspielung auf die Sowjet-Union.

Kurt Koller, Lichtensteig

Ragout fin de siècle

Erich Kästner-Gedicht als Antwort auf den fragwürdigen Leuenberger-Auftritt anlässlich der dekadenten «Christopher Street Days»-Veranstaltung (Homotreffen) sowie die bundespräsidiale «Abwicklung» des Staatsbesuches von Václav Havel, zugesandt von Gertrud Sommerhalder, Rüti

Hier können kaum die Kenner in Herz und Nieren schauen. Hier sind die Frauen Männer. Hier sind die Männer Frauen.

Hier tanzen die Jünglinge selbstbewusst im Abendkleid und mit Gummibrust und sprechen höchsten Diskant. Hier haben die Frauen Smokings an und reden tief wie der Weihnachtsmann und stecken Zigarren in Brand.

Hier stehen die Männer vorm Spiegel stramm und schminken sich selig die Haut. Hier hat man als Frau keinen Bräutigam. Hier hat jede Frau eine Braut.

Hier wurden vor lauter Perversion Vereinzelte wieder normal. Und käme Dante in eigner Person – er frässe vor Schreck Veronal.

Hier findet sich kein Schwein zurecht. Die Echten sind falsch, die Falschen sind echt, und alles mischt sich im Topf, und Schmerz macht Spass, und Lust zeugt Zorn, und oben ist unten, und hinten ist vorn. Man greift sich an den Kopf.

Von mir aus, schlaft euch selber bei! Und schlaft mit Drossel, Fink und Star und Brehms gesamter Vogelschar! Mir ist es einerlei.

Nur schreit nicht dauernd wie am Spiess, was ihr für tolle Kerle wärt! Bloss weil ihr hintenrum verkehrt, seid ihr noch nicht Genies.

Na ja, das wäre dies.

Verkehrter Verkehrsminister

Können wir uns einen Schweizer Verkehrsminister leisten, der einen Flop nach dem anderen produziert? Einen, der uns bei jeder Gelegenheit wie Transitgebühr, Flugverkehrsabkommen, Alpentransversale usw. an Europa unter Wert verschachert und bei öffentlichen Auftritten immer wieder betont, dass ihn Kultur halt mehr interessiert als Strassenbreiten und Tunnelröhren? Vielleicht wäre es besser, Herr Leuenberger würde sich für einen Job beim Kulturverein «Pro Helvetia» oder etwas Ähnlichem bewerben. Dort müsste er dann auch nicht so oft im Fernsehen herumstottern. Frei nach Wilhelm Busch möchte man reimen: «Ruth und Moritz – ach ihr beiden, bringt doch unserm Volk nur Leiden!»

Mano G. Heer, Strengelbach

Stasifreunde

Stasi-Umtriebe und -Spionage sollen nicht weiter untersucht werden, entschied der Ständerat erneut. Der Nationalrat hatte es zum zweiten Male verlangt. CVP-Ständeräte haben das Verlangen massiv bekämpft. Viele ehemalige DDR-Pilger von Linken, Autonomen und Grünen atmen erleichtert auf! Ganz besonders «Rechtsextremismusexperte», DRS-Mitarbeiter und WOZ-Journalist Jürg Frischknecht von der Weinbergstrasse in Zürich. Wie gut, jetzt kann er sich wieder ganz dem «Rechtsextremismus» widmen und der CVP innenpolitisch den Rücken freihalten für einen unerhörten Asyl- und Einwanderungsleerlauf nach dem Motto: «Jeder ist Rassist, der kritisiert oder Realitäten beim Namen nennt!» Wie gut, haben wir Stasi-Freunde! WS

Unglaublich!

Die Bündner Regierung zwingt ihre Polizei, Daten und Unterlagen der Demos und Randalen am Davoser Forum zu vernichten! Dies gilt auch für eigentliche Straffälle, die noch bearbeitet werden müssten. Wie würde es wohl tönen in Politik und Medien, wenn es verummte Skins gewesen wären? Unvorstellbar und unglaublich! WS

Mit Vermummten sprechen

13 Millionen hat die Sicherheit in Davos gekostet; zu verdanken nicht zuletzt den vermummten Schlägern aus dem Dunstkreis autonomer und linker «Kulturzentren», die meist auch öffentliche Gelder erhalten. Diese Horden treiben ihr Unwesen auch am 1. Mai und anderen «Anlässen». «Davos» soll nun weitergeführt werden; die hohen Herren wollen mit den Vermummten das Gespräch suchen. Verkehrte Welt! 13 Millionen Steuer-Franken werden vergessen, Chaoten mit Handschuhen angefasst und andere dürfen nicht einmal das garantierte «freie Wort» nutzen! Ist das noch die Freiheit, die wir alle meinen? WS

Die Finanzherrschaft und der militärisch-industrielle Komplex

Generelle Betrachtung der EU und der UNO

Aufzeichnung eines öffentlichen Vortrages von Frau Doris Auerbach, Bettingen, bei den SD Reinach am 15. Februar 2001.

Es ist genügend über die EU geschrieben worden, so dass der Aspekt, unter dem ich sie heute betrachte, vor allem darauf ausgerichtet ist, wie die EU-Bürger zu Beginn des neuen Jahrhunderts in ihrem alten Korsett verharren müssen, d.h. keinen wirklichen Einfluss auf die Regierungsentscheidungen haben.

Wäre die EU in der Tat ein friedliches, der Kooperation zugeneigtes Gebilde anstatt eine Machtkategorie erster Güte, würde sie alles daran setzen, eine freiheitliche Schweiz in die von der Schweiz angestrebte Zusammenarbeit auf dem Gebiet der grenzüberschreitenden Sicherheit und einer sinnvollen Asylpolitik sowie in den Kampf gegen das organisierte Verbrechen einzubinden, ohne mit erpresserischer Strategie daran festzuhalten, dass derartige Abmachungen erst bei Erfüllung bestimmter Voraussetzungen umgesetzt werden können.

Welches Interesse besteht am Beitritt zu einer EU, die folgende Merkmale aufweist: 1) Die grossen Unternehmen können sich der Steuerpflicht weitgehend entledigen, so dass der Bürger die Kosten der Infrastruktur nahezu allein tragen muss, was ihn steuerlich völlig auspresst. 2) Das Diktat der NATO über die EU ist ein Fakt. 3) Die den Bürgern aufgezwungene neue Währung sehe ich, was ihren Wert betrifft, in Wirklichkeit als von der Federal Reserve gesteuert. 4) Auch wenn es nicht gesagt wird, so muss die EU dennoch für die Flüchtlinge aus Afrika offengehalten werden, weil dort die Kriege um die Ressourcen noch lange weitergehen werden.

Erpressung als Verhandlungsbasis

Ferner macht die EU-Kommission rücksichtslos Druck auf eigenständige Nationalstaaten, um die von ihr angestrebte Politik europaweit durchzusetzen. Im Prinzip zeugt das Verhalten der EU bei den Verhandlungen zwischen der Schweiz und der EU von keinerlei Verständnis für die spezielle Beschaffenheit der Regierungsform unseres Landes, sondern lediglich von dem unverrückbaren Willen, die Macht der EU geschlossen auf alle auszudehnen. Brezinski, der frühere US-Sicherheitsberater des US-Präsidenten Carter, hat es unverhohlen dargelegt: Europa ist heute de facto ein militärisches Protektorat der USA und darum müssen auch alle Staaten unter das Netz der EU.

Der Rechtsraum der EU soll nach dem Wunsch Schröders unausgesetzt ausgebaut werden, um den sogenannten Werten und den damit verbundenen Pflichten noch intensiver Geltung zu verschaffen. Diese sehe ich vor allem darin, den EU-Bürger zum willenlosen Vollstrecker eines ethnisch gemischten Europas zu machen, aber sicher nicht darin, es ihm zu ermöglichen, die freiheitliche Gestaltung der Geschicke der EU mit an die Hand zu nehmen.

Fremde Richter

Die Versammlung des Europarats hat jetzt im Januar den Auftrag erteilt, ein neues Zusatzprotokoll zur Europäischen Menschenrechtskonvention zu entwickeln. Die zu erstellende Rahmenkonvention zum Schutz nationaler Minderheiten soll der Auslegungskompetenz des Gerichtshofes für Menschenrechte unterstellt werden, was eindeutig souveränes Recht schmälert. Hierzu heisst es in Strassburg, dass dieser Schutz die einzige Möglichkeit sei, ethnische Spannungen abzubauen und demokratischen Zusammenhalt sowie Pluralismus zu gewährleisten. Der Pluralismus taucht überall auf und ist der Grundpfeiler des angestrebten Multikulturalismus. Der auszubauende EU-Rechtsraum dient insbesondere zur Überwachung, denn Schröder sagt wörtlich: Dem Monitoring-Verfahren, mit dem die Einhaltung der Verpflichtungen in den einzelnen Ländern überwacht wird, kommt besondere Bedeutung zu. Er spricht in diesem Zusammenhang nicht nur von den durch die Parlamentarische Versammlung erarbeiteten Ergebnissen des Überwachungsprozesses, sondern auch von erhobenen Befunden des Ministerkomitees, die jeweils den betroffenen Regierungen zu übermitteln sind. Schröder dankt dem Europarat ausdrücklich für dessen Einsatz im Kampf gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit und spricht ferner von dem hervorragenden Arbeitsprogramm des Europarates gegen «Rassismus und Intoleranz», dessen Zielsetzungen mir leider nicht näher bekannt sind. Ich denke, dass hiermit letzte Zweifel an der totalen Überwachung und Gefügigmachung der EU-Bürger ausgeräumt sein dürften. Zu beachten ist auch, dass es Schröder war, der den CDU-Abgeordneten Merz aufgefordert hat, sich unmissverständlich von dem Begriff einer «deutschen Leitkultur» zu trennen.

Ende der europäischen Kulturstaaten

Es ist immerhin ein Unterschied, ob ich eine deutsche Leitkultur habe, die meine Traditionen am Leben erhält, oder eine Leitkultur in Deutschland, die dann islamistisch, buddhistisch oder sonstwie gefärbt sein kann. All dies geht in die Richtung der von Chirac vertretenen multiethnischen europäischen Gesellschaft und der von Madeleine Albright nachweislich geförderten Vorstellung der ethnischen Multikultur. Mit Sicherheit wird eine solche von den Bürgern nicht befürwortet.

Umso bedenklicher betrachte ich die Aussage von Walter Schmid von der Eidgenössischen Ausländerkommission, laut der die Ausländergesetzgebung der EKA mehr Anlehnung an die EU erfordert. In meinen Augen ist eine solche Forderung übereilt, da noch nicht abzusehen ist, wie die EU ihre eigenen diesbezüglichen Probleme lösen wird. Man muss sich vor Augen halten,

wie viele Demonstrationen schon gegen die EU-Politik zustande gekommen sind und mit welcher Arroganz sich die Regierungschefs darüber hinwegsetzen.

Auf dem Weg in eine totalitäre Justiz

Die EU wird auf jeder Ebene mit einer zentralen Gesetz- und Klagekompetenz ausgerüstet werden, gegen die sich kein Mitglied mehr wehren kann. Der Beitritt zur EU käme der Unterordnung eines freien Staates unter einen zentralistischen Moloch gleich, dessen Steuerung aus dem Anonymen heraus erfolgt. Die gegenwärtige EU ist weder föderalistisch noch demokratisch strukturiert. Bundesrat Deiss hat kürzlich erklärt, die EU bewege sich sehr rasch, hat es aber unterlassen zu präzisieren, in welche Richtung. Ferner wörtlich: «Unsere Politik wird in Zukunft international geprägt sein, ob wir das wollen oder nicht.» Gefragt wird hier offenbar niemand mehr, ob er das möchte. Ich sehe all das unter dem Aspekt der verstärkten Einflussnahme der USA.

Europäischer Pakt mit Russland?

Hierzu hat der an der *University of North London* lehrende Peter Gowan eine interessante Ausführung gemacht: Er sagt, dass es der EU nur dann gelingen könnte, sich von den USA freizuschwimmen, wenn sie mit Russland zusammen bis hoch in den Ural einen starken europäischen Wirtschaftsraum aufbauen würde. Dann wäre auch der Wert des Euros gesichert. Leider dürfte die Wirtschaft wenig Neigung verspüren, einen solchen Gedanken aufzugreifen, solange sie zu Gunsten ihrer überdimensionierten Profite von den Billiglöhnen in den asiatischen resp. lateinamerikanischen Ländern profitieren kann.

Verbrecher bekämpfen Kriminelle

Die EU ruft unentwegt nach Betrugsbekämpfung. Dabei tritt klar zutage, dass sich die Mafia an allen Ecken und Enden installiert hat. Das seit Bestehen der EU anhaltende Versickern der Steuergelder wird immer noch ungenügend angegangen, so dass die Betrüger mit EU-Mitteln ihren Fortgang nehmen. Hier frage ich mich: Bei dem Netz von Gesetzen, die die EU inzwischen erlassen hat, müsste es doch möglich sein, diesem Krebsübel, das den Steuerzahler über die Jahre hinweg Milliarden gekostet hat, wirksam beizukommen. Schätzungen zufolge soll der jährliche Verlust etwa 5% des EU-Budgets ausmachen. Wie ist so etwas möglich? In diesem Fall beschleicht mich das Gefühl eines auf Täuschung des Bürgers angelegten Scheingefechts. Letztlich zeugt es nicht von Umsicht, wenn der Rechnungshof der EU zum fünften Mal in Folge die Bescheinigung einer ordentlichen Finanzverwaltung verweigert. Entgegen den Wünschen des Bundesrats zeigt sich der für die Aussenbeziehungen der EU zuständige

Percy Westerland vorläufig nicht bereit, die Schweiz zwecks Wahrung der inneren Sicherheit an Europol, am Schengener Polizeivertrag und am Dubliner Erstasylabkommen partizipieren zu lassen. Neue Verhandlungen gäbe es erst, wenn die Schweiz zwecks Betrugsbekämpfung keine kriminellen Organisationen mehr toleriere, die den EU-Fiskus jährlich um Milliarden bringen. Es geht hier um den Zigarettenschmuggel, der lt. Schweizer Rechtsprechung nur als Steuerhinterziehung und nicht als Verbrechen gilt. Für diese Delikte erhält die EU von der Schweiz in der Tat keine Rechtshilfe. Die EU verlangt daher, dass die Schweiz ihre strafrechtliche Einschätzung solch mafioser Praktiken jener der EU anpassen müsse. In diesem Kontext gesehen befremdet es mich, dass ich noch nie darüber gelesen habe, dass es einer unserer Unterhändler je gewagt hätte, die Brüsseler mit der eigenen durch die Mafia ausgeübten Korruption zu konfrontieren.

Wenn Professoren ihren Verstand verlieren

Professor Kreis schreibt in seinem Abriss «Zur Stellung der Schweiz in einem europäischen Bundesstaat» – den wir Gott sei dank noch nicht haben – «Es ist kein Zufall, dass politische Kräfte, welche im eigenen Land den Staat permanent verächtlich machen (insbesondere den Bundesrat, das Parlament, die Sozialwerke, etwas weniger die Armee und kaum die Polizei), auch gegenüber der EU ablehnende Haltungen kultivieren, wie umgekehrt staatsfreundliche Kräfte in der Regel auch europafreudig sind.» Hier irrt Professor Kreis gewaltig. Erstens kenne ich keine staatsfreundlichen Kräfte, die die Souveränität ihres Landes fremden Mächten übereignen wollen und sehe auch nicht, dass der Bundesrat selbst verächtlich gemacht wird, sondern nur, dass seine allseitige EU-freudige Haltung langsam auf generellen Widerwillen stösst. Er sagt weiter, dass sich die schweizerische Haltung gegenüber dem europäischen Vergemeinschaftungsprojekt lange Zeit auf offiziellen Abgeben bester Wünsche für gutes Gelingen, in der heimlichen Hoffnung, dass nichts daraus werde, beschränkte. Das ist mir völlig recht; für ein supranationales Gebilde, das dem Bürger keine echte Mitsprache einräumt, hege ich persönlich keinerlei Sympathien und gebe hiermit der Hoffnung Ausdruck, dass vor allem die Briten verhindern werden, dass ein solcher Superstaat entsteht. Es hat in Europa bis jetzt vorzüglich ohne ein solches Gebilde geklappt.

Atemnot der Bürger

Nur wenn dem Bürger von einer EU-Kommission, die das Kleinste regelt, nicht sukzessive die Luft zum Atmen genommen wird, wird dieses Europa die schöpferische Vielfalt seiner Kulturen bewahren können. Zentralismus wirkt sich auf die Dauer meist negativ

aus. Und gerade der EU-Zentralismus kommt vor allem dem IWF, der globalisierten und dadurch schwer kontrollierbaren Wirtschaft sowie den Banken zugute. Professor Kreis spricht auch davon, dass der Willkür Schranken gesetzt werden sollen. Das ist zwar gut gedacht, wird sich aber gerade in einem EU-Superstaat nicht erreichen lassen, weil das in Brüssel aktive Lobbying der Wirtschaft massiv ist. Die dadurch mögliche Beeinflussung der winzigen Anzahl derer, die die EU-Entscheidungen treffen, führt daher immer wieder zu Gesetzgebungen, die nachweislich nicht zu Gunsten des Bürgers ausfallen. Laut Professor Kreis ist es wünschenswert, dass ein europäischer Bundesstaat im gewünschten Mass ein starker Staat sei und dass nicht bloss eine Kümmerform verwirklicht werde. Nur eben: Wer bestimmt das Mass? Sicher nicht die Bürger, sondern die dem Einfluss der Wirtschaft unterliegenden Politiker, deren Mehrheit von Skandalen geschüttelt ist. Ihre Eignung, um das richtige Mass herauszufinden, ist in meinen Augen gleich null. Sollte umgekehrt, fährt Professor Kreis fort, Staatlichkeit auf EU-Ebene zu wuchern beginnen, gäbe es in ganz Europa genügend Widerstandspotential gegen diese Eventualität.

Wehrlosigkeit der Bürger

Gerade dieses sehe ich nirgendwo. Die Möglichkeit eines solchen Widerstands ist überhaupt nicht gegeben. Ich gehe sogar von der Annahme aus, dass künftig jeder echte Bürgeraufstand durch die EU-Krisentruppen rasch zum Erstickten gebracht wird, denn diese sind ja laut Solana auch für die zivile Krisenbewältigung gedacht. Prof. Kreis legt ferner den Gedanken dar, dass die Schweiz den Werdegang des Prozesses einer Weiterentwicklung des gesamteuropäischen Staatswesens zur Zeit noch beeinflussen und vielleicht sogar ihre direkt-demokratische Erfahrung einbringen könnte. Alles Zuckerwatte.

Angst vor der Volksmeinung

Die EU hat einen Horror vor echten Volksparteien, die eine direkte Demokratie einfordern könnten, denn diese ist in der EU auf gar keinen Fall erwünscht, wie die Beschlüsse von Nizza jetzt beweisen. Die EU ist nun einmal eine Scheindemokratie, bei der eine Handvoll Minister für alle entscheidet. Seit dem Gipfel von Nizza wissen wir, dass die Grossen in der EU an Macht dazugewonnen haben. Das muss sich vor allem die Schweiz vor Augen halten. Der deutsche Aussenminister Fischer redet von einer in einer Verfassung besiegelten Souveränitätsteilung zwischen Union und Nationalstaat, sieht aber bis zu deren Zustandekommen gleichzeitig die Möglichkeit eines Zwischenschritts, der darin besteht, dass im kommenden Jahrzehnt eine «kleinere Gruppe von Mitgliedsstaaten» eine «Avantgarde und ein Gravitationszentrum» bildet und sich so auf den Nukleus einer Verfassung einigt. Das hört sich verdächtig an. Eine derartige Vorstellung beinhaltet immer den Ausschluss der kleineren Nationen, auch wenn Fischer hinzufügt, dass es Bedingung sein müsse, dass dieses Gravitationszentrum «niemals exklusiv, sondern für alle Mitgliedsstaaten

und Beitrittskandidaten der EU offen» ist. Das eine schliesst schon mal das andere aus.

Rekordverdächtige Verdrehung von Tatsachen

Den Vogel in der Frage der Souveränität dürfte Staatssekretär Franz von Däniken abgeschossen haben, der für einen Souveränitätsverzicht plädiert, um, man höre und staune, mehr Souveränität zu gewinnen. Sozusagen die Quadratur des Kreises. In den Augen von Dänikens hat mit der Charta von Nizza ein Verfassungsprozess begonnen, der wie kaum etwas anderes die Realität einer europäischen Innenpolitik zum Ausdruck bringt. Er nennt in diesem Kontext auch die demokratische Meinungsbildung, die, mit anderen Faktoren zusammen, die Grundlagen eines künftigen europäischen Verfassungsstaats bilden würde, übersieht dabei allerdings geflissentlich, dass die Meinungsbildung, obwohl sie einer guten Portion an täglicher Gehirnwäsche durch die Presse unterliegt, zwar durchaus erlaubt ist, aber in der EU keinerlei Funktion hat. Ein EU-Beitritt, so von Däniken, würde zwar für die Schweiz Einschränkungen und Verzichte bringen, auf der anderen Seite aber würde die Mitbestimmung in Sachbereichen stehen, deren Regelung auf europäischer Ebene sich ohnedies auf ein Land wie die Schweiz auswirke!

Das Rennen vor dem Start bereits verloren

Erstens stört mich dieses «ohnedies» ganz gewaltig und zweitens entnehme ich seinen Ausführungen, dass unsere Volksvertreter offenbar nicht bereit sind, etwas gegen diese Auswirkungen zu unternehmen, damit sie sich nicht auf die freiheitliche Schweiz erstrecken. Für mich jedenfalls geht seine Kosten-Nutzen-Rechnung «Souveränitätsgewinn durch Souveränitätsverzicht» nirgendwo auf. Auch von Däniken übersieht, dass die Schweiz im Vergleich zu den alles bestimmenden Grossmächten der EU einfach zu klein ist, um wirklich etwas zu beeinflussen. Von Dänikens Rechnung stimmt schon deswegen nicht, weil das Vetorecht der kleineren Staaten spielend wirkungslos gemacht werden kann, da EU-Beschlüsse in Zukunft abstimmungsmässig mit einer Bevölkerungsmehrheit von 62% umgesetzt werden können, eine Mehrheit, die allein schon die BRD, Frankreich und Grossbritannien zusammen erbringen.

Begräbnis der direkten Demokratie

Ich möchte nochmals ausdrücklich darauf aufmerksam machen, dass die auf dem Gipfel von Nizza am 7.12. 00 proklamierte Grundrechtscharta in ihren 54 Artikeln nicht einen einzigen enthält, der den Bürgern eine Referendumsmöglichkeit, also die direkte Demokratie, einräumt. In der EU ist eh wenig Respekt vor demokratischen Entscheidungen des Volkes vorhanden. Als die Dänen 1992 den Maastrichtvertrag abgelehnt hatten, führte man 93 einfach eine zweite Abstimmung durch. Die Regierung Österreichs wurde eindringlich davor gewarnt, eine Volksabstimmung über die EU-Sanktionen zu veranlassen

und Prag wurde davor gewarnt, den Vorschlag in die Tat umzusetzen, über den EU-Beitritt ein Referendum abzuhalten. Was die Osterweiterung betrifft, so wurde durch Verheugen im Namen der überwältigenden Mehrheit der Deutschen erstmals der Vorschlag gemacht, diese Erweiterung einem Volksentscheid zu unterwerfen. Er wurde aber sofort zurückgepfiffen, auch vom Strassburger EU-Parlament. Die EU beschneidet trotz aller Versicherungen, dass dies nicht der Fall sei, unbeirrt und systematisch die Kompetenzen der Nationalstaaten, wodurch eine echte Demokratie ohnedies eingeschränkt wird.

Abschied vom Nationalstaat

Was die Globalisierung mit ihrer übergreifenden Vernetzung betrifft, so sorgt diese dafür, dass der souveräne Nationalstaat zusehends an politischem Einfluss einbüsst, was mit der zunehmenden Schaffung von neuem internationalem Recht einhergeht. Dies kommt der Abtretung staatlicher Hoheitsrechte an internationale Institutionen gleich, die, wie ich es sehe, in der Regel von kleinen Oligarchien aus Wirtschaft und Finanz gesteuert werden. Das in der EU ständig benutzte Subsidiaritätsprinzip betrachte ich als reine Augenwischerei. Der Vorschlag, die Charta unter den Schutz des Allmächtigen zu stellen, hatte keine Chance. Und dies in einem christlichen Abendland.

Parlament, adieu!

Es ist nicht nur die Verweigerung der direkten Demokratie, die mit der Unterzeichnung der Charta für lange Zeit zementiert ist, es mehren sich auch Anzeichen einer schleichenden Einschränkung der durch das Parlament ausgeübten Kontrolle. So hat Solana, Hoher Vertreter für die gemeinsame Aussen- und Sicherheitspolitik, im Sommer 99 beim EU-Ministerrat beantragt, dass Sondermassnahmen zu beschliessen seien, die den Schutz geheimer und vertraulicher Informationen im Umfeld der militärischen und – man merke auf – der zivilen Krisenbewältigung gewährleisten. Solche Informationen fallen dann nicht mehr unter die Regeln des sonst für die Öffentlichkeit gewährleisteten Zugangs zu amtlichen Schriftstücken, was gegen das vertraglich zugesicherte Transparenzprinzip der EU ist. Wir wissen heute, wie viele Lügen mit der in Brüssel ausgestrahlten NATO-Propaganda während des Jugoslawienkriegs verbunden waren. Es kann sich jeder ausrechnen, wie wir übergangen werden, wenn Solanas Forderung eine Umsetzung erfährt. Die Begründung für diesen Schritt wird damit gerechtfertigt, dass bei einem Zugriff der EU auf die Mittel und Kapazitäten der NATO deren geltender Sicherheitsstandard gewährleistet sein muss. Das Parlament stellt zwar den vertraulichen Umgang mit gewissen Informationen nicht generell in Frage, beanstandet aber, dass eine Geheimhaltung nur eine fallweise zu begründende Ausnahme bleiben könne, so dass das Europaparlament deswegen beim EU-Gerichtshof Klage erheben will. Wenn es überhaupt soweit kommt, denn unsere Parlamentarier dürften sich gegebenenfalls durchaus umstimmen lassen.

Die EU als Kanonenfutter für die USA

Am NATO-Jubiläumsgipfel vom 4. April 99 in Washington wurde die Allianz ohne Befragung der Völker Europas in ein Angriffsbündnis umgewandelt. Denn letztlich soll der ganze eurasische Raum bis hoch nach Wladivostok zum Vasallengebiet der USA gemacht werden. Man darf den Kosovokrieg durchaus als Vorläufer hierzu betrachten. In diesem Krieg wurden die am 10. 12. 48 im Plenum der Generalversammlung der UNO feierlich proklamierten Menschenrechte bzw. das Völkerrecht bewusst gebrochen. Wie sagte Nato-Generalsekretär Lord Robertson, der für seine Einstellung, gegen Jugoslawien mit unverminderter Härte vorzugehen, bekannt ist: Die Zeit für Friedensdividenden ist vorbei. Ohne richtige militärische Schlagkraft der EU seien viele aussenpolitische Ziele der Union nicht zu verwirklichen. Über den Inhalt der Ziele lässt er uns im Dunkeln. Das ist einfach ungeheuerlich. Damit verbunden ist die Forderung, die Armeen auf US-Niveau hochzurüsten, was, zusammen mit den zu erwartenden höheren Verteidigungsbudgets, das Herz der Rüstungsindustrie höher schlagen lassen dürfte. Denn in der NATO dringt die USA seit längerem darauf, dass die Europäer bei der Bewältigung von Konflikten auf ihrem Kontinent die Initiative im Bündnis übernehmen.

Bündnisse mit Partnern, die ihren Beitrag nicht zahlen

Eine fürwahr friedliche Rolle, die hier auf uns wartet! Man erinnere sich daran, dass Madeleine Albright mit den amerikanischen Rüstungsmagnaten noch vor dem offiziellen Beschluss, Polen, Tschechien und Ungarn in die NATO aufzunehmen, an einem Tisch sass. Das Ergebnis war lukrativ: Um diese Länder bündnisfähig zu machen, kostet der erste Anpassungsschritt 35 Mrd. \$, wovon die USA gerade 2 Mrd. tragen wird. Die Gesamtsumme dürfte sich nach Berechnungen des Congressional Budget Office auf 125 Mrd. \$ für eine Dauer von 15 Jahren belaufen, wovon der winzige Anteil von 19 Mrd. auf die USA entfällt. Ich habe seit Juli 1997 nichts mehr über diese Kosten gelesen.

An der Grenze des Wahnsinns

Ich sage hier öffentlich, dass das Ganze für mich an Wahnsinn grenzt. Ich denke, dass sich auch die Schweiz im Falle eines Beitritts an dieser vom EU-Steuerzahler zu tragenden Bürde anteilmässig beteiligen müsste. Es sei hier noch angefügt, dass das EU-Parlament sich zwar am 17.1. 01 für ein Moratorium beim Einsatz von Munition mit abgereichertem Uran ausgesprochen hat, jedoch ist diese Vorlage für die EU-Länder nicht verpflichtend. Da kann ich auf ein solches Moratorium auch gleich verzichten, da dessen Wirkungslosigkeit offensichtlich ist. Ich frage mich im übrigen, wer die stabilen Panzer, die Jugoslawien eingesetzt hatte und die nur mit dieser speziellen Munition zu durchschlagen waren, gebaut hat. Etwa ein NATO-Mitgliedsstaat, die BRD? Oder das weitgehend vom Westen

finanzierte Russland? Ich konnte nichts darüber erfahren.

Die EU als Wertegemeinschaft

Diese Wertegemeinschaft, als die sie sich zu gerne bezeichnet und damit für meine Begriffe absichtlich den Begriff Nation verdrängt, ist jeglichen Wertes enthoben, sobald dies die Wirtschaftsinteressen erfordern oder, wie im Fall der Türkei, ein Militärbündnis. Die Exterminierung der Kurden, eine wahre Beistandsleistung unserer Werte Hüter, ist hinlänglich bekannt. Schauen wir uns das derzeit wohl brutalste Regime, den Iran an. Die dortigen Verhältnisse dürften in ihren grauenhaften Auswirkungen das blanke Mittelalter in den Schatten stellen. An der Tagesordnung ist die Amputation von Händen und Füßen, das Herausnehmen der Augäpfel, die Exekution durch Hängen und das Steinigen, wohl gemerkt «zu Tode»! Zur Zeit wird der Widerstand der Bevölkerung durch Drogen lahmgelegt, die in den grossen Städten überall billiger als Milch und Brot zu haben sind. Das beeindruckt die Wirtschaft nicht im geringsten, solange sie sich legitimiert sieht, an der vom Iran als Gallionsfigur der Reformen ausgehenden Figur von Khatami festzuhalten. Khatami bewerkstelligt hier eine überaus geschickte Täuschung, indem er immer wieder versichert, dass er seinen Reformkurs in Richtung einer islamischen Demokratie trotz der bestehenden Hindernisse fortsetzen werde. Diese Aussage verdeckt jedoch die brutale Wirklichkeit. Die angeblichen Reformen basieren nämlich vollumfänglich auf der iranischen Verfassung und diese wiederum buchstabengetreu auf der Scharia, die die genannten grauerregenden Strafen beinhaltet. Gäbe es wirkliche Reformen im Iran, gäbe es dort schon lange keinen Widerstand mehr.

Frankreich ist in der Profitgier allen voraus

Der erste EU-Werteverfechter, der seinerzeit den Dialog mit dem die Menschenrechte mit den Füßen tretenden Iran um der Ressourcen willen wieder in Gang brachte, war Frankreich, das im August 98 einen Mittäter am Bakhtiar-Mord vorzeitig aus der Haft entliess, damit die Firma Total ihre Erdgasverträge mit dem Iran abschliessen konnte. Somit wäre für Chirac, den vehementesten Kritiker Haiders, Grund genug gegeben gewesen, sich zurückzuhalten. Denn besonders er hat die Sanktionen gegen Österreich verteidigt. Man muss sich einmal die Anmassung und den Zynismus vor Augen führen, die in seinen Worten liegen. Am 15. 9. 2000 sagte er in Paris: Die drei Tage zuvor aufgehobenen Strafmassnahmen seien eine Warnung an alle gewesen, die vergässen, dass die Menschenwürde Vorrang vor allem anderen habe! Aber eben, nur für die Europäer!

Warum sind Menschenrechte nicht gratis?

Wo immer sonst der Profit winkt, spielen die Menschenrechte nicht mehr die geringste Rolle. Zu denken geben sollte auch folgendes: Der Iran toleriert die massive amerikanische Flottenpräsenz

vor seiner Haustür, im Gegenzug dazu gewährt Washington dem Iran freie Hand bei der Verfolgung seiner Oppositionellen in der nordirakischen UNO-Schutzzone! Die triste Rolle, die Frankreich in seiner Afrikapolitik spielte, war dieser Tage erstmals Gegenstand einer öffentlichen Rüge der Bischöfe Frankreichs. Die von Chirac auf dem Gipfel der französisch-afrikanischen Staaten am 20.1. versprochene sofortige Schuldentilgung für die 18 ärmsten Länder Afrikas ist bereits nicht mehr an die von den G7-Staaten festgelegte Forderung geknüpft, dass hierbei der Beweis zu erbringen ist, dass diese Entschuldung den ärmsten Schichten zugute kommt. Das ist natürlich in die Hände aller korrupten Regimehäupter gespielt, die keinerlei Absicht haben, ihre Regierungspraxis zu ändern. In allen Reden, so die Bischöfe, würden stets die Prinzipien der Demokratie, des Rechtsstaats und der Menschenrechte beschworen. Zugleich aber gewähre Frankreich Regierungen seine Unterstützung, die gerade gegen diese Grundsätze aufs schwerste verstossen.

Zweierlei Menschenrechte

Für Frankreich gilt: Gerät ein afrikanisches Land in die Einflusszone der Briten, wird bezüglich Demokratie und Menschenrechte gern ein Auge zugedrückt. Die von Paris in Zusammenarbeit mit seinen ehemaligen Kolonien angestrebte Normalisierung basiert darauf, die staatliche Präsenz in den Ländern abzubauen und der Einmischung privater Lobbies mehr Spielraum zu ermöglichen. – Bei dem zweitägigen Frühjahrstreffen des Ministerkomitees des Europarats Mitte Mai 2000 unterliessen es unsere Werte Hüter, am russischen Tschetschenienkrieg Kritik zu üben, obwohl sich dieser Krieg durch einen schweren Verbrennungen hervorrufenden Waffeneinsatz, durch Säuberungen von Dörfern mit aussergerichtlich durchgeführten Massenhinrichtungen, durch Verhaftungen, Vertreibung der Zivilbevölkerung, Mord, Folter und die Plünderung aller Reserven auszeichnet. Anstatt ein Ausschlussverfahren gegen Moskau zu eröffnen, wie es die Abgeordneten der Europaratsversammlung gefordert hatten, lobten die Aussenminister die Kooperationsbereitschaft Russlands mit dem Europarat.

Atommüllentsorgung ausser Landes

Ich sehe ferner eine grobe Verletzung der russischen Menschenrechte, wenn die EU ihren Atom Müll in ein Land einführt, in dem bestimmte Regionen bereits an grauenhaften Umweltproblemen leiden. Man kann sich vorstellen, mit welcher «Sorgfalt» der Atom Müll dort gelagert wird. Putin setzte das entsprechende Gesetz gegen jeglichen Widerstand durch. Die mörderische Situation in Tschetschenien hat auch nicht verhindert, dass Putin von den G-7-Staaten beste Umschuldungskonditionen gewährt wurden.

Vetorecht für die Mächtigen, Völkerrecht hin oder her

Ferner hat die EU trotz der dauernd von ihr proklamierten Werte keinen Widerstand dagegen geleistet, dass die

UNO den Dalai Lama auf Druck Chinas vom UNO-Weltfriedensgipfel in New York im August ausschloss, wo sich die Religionsführer aller Glaubensrichtungen trafen. Das Vetorecht Chinas im Sicherheitsrat wirkte sich hier voll aus. Letztlich darf nichts den Beitritt Chinas zur WTO gefährden, dieser Absatzmarkt muss gesichert bleiben, auch wenn dabei Tibet zerstört wird. Noch eine knappe Aussage zu einem engen militärischen Verbündeten der Wertegemeinschaft, der Türkei: Sie hat 3 Millionen Menschen aus Kurdistan vertrieben und 3000 Dörfer zerstört. Was den lebensbedrohenden Rüstungsexport der EU betrifft, so zermalmt dieser jegliche Wertvorstellung.

EU-Armee: Kriegseinsätze sind zum voraus geplant

Damit kommen wir zur EU-Krisentruppe. Geplant ist, dass diese in einer Entfernung von bis zu 4000 km von Brüssel agiert. Das deutet für mich darauf hin, dass sie vor allem im Nahen Osten und im Kaukasus zum Einsatz kommen kann, aber auch in Afrika. Meldungen zufolge stellt sich Berlin offenbar auf einen Kosovo-Einsatz von 10 Jahren ein. Dort stehen 5400 Soldaten der BRD, in Bosnien zusätzlich 2200 Mann. Dazu kommen im Kosovo 2000 deutsche Militärfahrzeuge und 200 deutsche Panzer. Die Entwaffnung der UCK ist im Grunde genommen gescheitert. Was den EU-Bürger die von 2003 an einsatzbereite Krisenreaktionstruppe von 60'000 Soldaten auf die Dauer kosten wird, dürfte noch nicht auskalkuliert sein. Für mich erstreckt sich das Wort «Reaktion» auch darauf, dass die Krisentruppe künftige aufflackernde Proteste, die bei der sich ausbreitenden Austerität in der EU nicht in den Bereich des Imaginären zu verweisen sind, ohne weiteres im Keim erstickt, denn ich sehe hier leider auch das Konzept der Aufruhrbekämpfung. Offenbar haben die Franzosen in Saint-Astier bereits ein entsprechendes Übungsprogramm zum Trainieren von Polizeikräften entwickelt. Es ist ferner ständig von der EU-Sicherheits- und Verteidigungspolitik die Rede. Die Bedrohung der EU ist gleich null, also kann es sich nur um weitere Einsätze in Ländern handeln, wo Ressourcen winken. Geht es doch nach den Worten von Madeleine Albright und dem britischen Aussenminister Cook um gegenwärtige und künftige Herausforderungen. In einem Papier mit dem Titel «Verbesserung der Kohärenz und der Effizienz der Massnahmen der EU im Bereich der Konfliktverhütung» wird gefordert, dass die EU bei sogenannten Konflikten schon frühzeitig eingreift.

Kriegsverhütende Massnahmen bewirken oftmals das Gegenteil

Niemand sollte darüber hinwegsehen, dass unter dem Vorwand der «Konfliktverhütung» der Krieg überall angezettelt werden kann. Ich zitiere Helmut Willmann, Inspekteur des Heeres, der in der FAZ vom 5.1.2001 erklärte, dass er in den letzten fünf Jahren das Heer darauf ausgerichtet hätte, sich entgegen dem deutschen Grundgesetz an Angriffskriegen gegen souveräne Staaten beteiligen zu können. Zu beachten ist

hier ferner der in der EU vor sich gehende Umbau auf Berufssarmeen. Die Möglichkeit, dass der Bürger im gegebenen Fall den Frieden einfordern und sich der Kriegspropaganda entgegenstellen kann, ist unter diesen Umständen nicht mehr gegeben. Ich fürchte ferner, dass Europa die Krisen, gegen die es dann seine Truppen einsetzt, zuvor selbst auslöst.

Rassismus, Rassismus!

Es vergeht fast kein Tag, ohne dass den Europäern von irgendeiner Seite ihr Rassismus vorgeworfen wird. Das ist in meinen Augen eine Strategie, schliesslich soll ja dieses Europa – gewollt oder nicht – multikulturell werden, was für mich das Verschwinden von allem ausmacht, was den Nationalstaat charakterisiert. Wie es in einer Erklärung der Mitgliedsstaaten des Europarats vom Oktober 2000 heisst, sei man über anhaltenden und gewaltsamen Rassismus, Fremdenhass und Antisemitismus in ganz Europa alarmiert. Flüchtlinge und Angehörige von Minderheiten würden diskriminiert und seien Opfer von Intoleranz und zeitgenössischen Formen von Sklaverei. Es ist unglaublich, was den EU-Bürgern so vorgehalten wird.

Staatlich inszenierte Unruhestiftung

Ermittlungen zufolge wurden viele der in der BRD vorgefallenen rechtsextremen Auswüchse, die stets recht aufgebauscht werden, gezielt inszeniert. Letztlich muss doch das Terrain für die für September 2001 in Südafrika geplante UNO-Weltkonferenz gegen Rassismus geebnet werden. Urs von Daeniken ist der Auffassung, die «Nationale Aufbau-Organisation (NAO)» sei eine Steigerung des Gefahrenpotentials und ihr Ziel sei, Skins und nicht organisierte Rechtsextreme zu einer nationalen politischen Kraft zusammenzuführen. Er will mit allen polizeilichen Mitteln dagegen vorgehen. Hierzu fordert er politische und mediale Unterstützung an.

Braune Sauce der Medienhexenküche, die zu allem passt

Gerade der medialen kann er gewiss sein. Denn die Medien, so Verlegerpräsident Hans Heinrich Coninx bei der Jahrestagung im Oktober 2000 in Interlaken, schreiben sich das Verdienst zu, das Phänomen «Rechtsextremismus» früh beim Namen genannt und ein entschiedenes Vorgehen gegen braune Tendenzen gefordert zu haben. Er untermauerte diese Aussage mit der Forderung, es brauche von Verlegerseite zusätzliche Anstrengungen, um die Öffentlichkeit stärker für die Gefahren aus der rechten Ecke zu sensibilisieren. Mich erschreckt die Fahrlässigkeit, mit der neuerdings der Begriff «braun» verwendet wird.

Jede Zeitung als Hexenverfolger

Die Medien dürften ihrerseits durch die Eidgenössische Kommission gegen Rassismus bald ebenfalls eine Überwachung erfahren, da man deren Umgang mit dem diesbezüglichen Gedankengut prüfen will. «Vorzüglich». Somit hat die Skala der gegenseitigen Überwachung alle Chancen, sich fortlaufend zu intensivieren. Es wurde im übrigen vor kurz-

em von einem Nationalrat der Vorschlag gemacht, auch rassistische Äusserungen in der Familie und im Freundeskreis zu erfassen. Was geht in einem solchen Menschen vor, um etwas Derartiges vorzuschlagen? Ruedi Baumann, Präsident der Grünen Schweiz, regte im August letzten Jahres an, eine nationale Demonstration gegen Rassismus zu veranstalten. Die Partei fordert überdies den Bundesrat auf, mehr Mittel zur Prävention gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zur Verfügung zu stellen, wofür ich persönlich nicht die geringste Notwendigkeit sehe. Zudem solle die Anti-Rassismus-Strafnorm konsequent umgesetzt werden. Wie wäre es mit einer gezielten Demonstration gegen die Verunglimpfung, die ich dauernd erleide, indem mir immerzu signalisiert wird, ich sei rassistisch, obwohl ich das gar nicht bin? Nichts, was in der BRD an aufsehenerregenden Straftaten läuft, entgeht der sofortigen Etikettierung durch den Rechtsextremismus.

Jagd frei auf die selbständig Denkenden

Je stärker dieser Ausdruck verankert wird, desto leichter ist es für den Staat, Gesetze zur verschärfen Überwachung des Bürgers zu erlassen. Der Vorwurf des Rassismus hat sich so als Dauerbrenner eingestrichelt, um unter dem Etikett des Humanismus unsere Meinungsfreiheit bewusst einzugrenzen. Alle Grenzen sprengt in meinen Augen auch ein Titel wie «Die Schweiz als Einbürgerungsschreck», der in der Angelegenheit der Integrationsfrage abgedruckt wurde.

Die UNO

Am besten, man fängt hier bei dem Millenniumgipfel vom 6.–8. September 2000 an, bei dem sich rund 150 Staats- und Regierungschefs am UNO-Sitz in New York produzieren konnten. Themen waren die Friedenserhaltung mit militärischen Mitteln, eine andere Art von Friedenserhaltung scheint die UNO nicht mehr zu beabsichtigen, ferner die «sinnvolle Anwendung von Wirtschaftsanktionen», man beachte hier vor allem das «sinnvoll» und, ganz erstaunlicherweise, die Beseitigung der schlimmsten Formen der Armut. Die beiden ersten Ziele lassen nichts Gutes ahnen. Beim dritten Thema, der Armut, kann UN-Präsident Kofi Annan lange mahnen, es wird kein wirkliches Echo folgen.

Krieg ist Frieden

Man muss sich einmal den blanken Zynismus vor Augen führen, der darin liegt, dass Clinton, Putin, Chirac, Blair und Zemminger über eine stärkere friedenserhaltende Rolle der UNO diskutiert haben, und das ausgerechnet auch in Afrika, wohin sie ständig Geld und Waffen leiten, damit die Kriege um die Ressourcen nicht zum Erliegen kommen. Kofi Annan meinte, dass nur noch sofortige, gemeinsame und entschiedene Taten die Realität zu vieler verunsicherter Bevölkerungsgruppen und Regionen verändern könnten, aber sicher keine Resolutionen.

Armut ist Reichtum

Genau diese Taten werden auch in Zukunft nicht eintreten, solange das Mi-

litär noch eine einzige Region in Schach halten kann. Ansonsten überboten sich die Redner gegenseitig mit den Begriffen Frieden, Sicherheit und Wohlbefinden, was natürlich reine Makulatur ist, sobald sie ihren Zugriff auf die Ressourcen gefährdet sehen. Die frommen Forderungen gipfelten in dem Wunsch nach einer wirksamen internationalen Aktion, um die illegale Lieferung von Kleinwaffen in Krisenzonen zu verhindern. Aussichtslos, solange Länder wie die Ukraine und Bulgarien, die Haupthersteller von Kleinwaffen, vom IWF mit Krediten versorgt werden. Ausgerechnet Putin hat sich nicht entblödet, den Wunsch nach einem Jahrtausend wirksamer Stabilität auszudrücken, wozu natürlich zuerst einmal Tschetschenien in Schutt und Asche gelegt werden muss. Wer Tschetschenien am Ende ausbeutet, dürften Russland und die USA hinter unserem Rücken friedlich gemeinsam ausmachen.

Bill Clinton belächelt die UNO

Doch all das wird von den Worten Clintons in den Schatten gestellt, die da lauten: «Es sind jene irreführend, die glauben, auf die UNO verzichten oder ihr den eigenen Willen aufzwingen zu können.» Das gipfelt für mich in der unverhüllten Drohung, es keinesfalls zu wagen, sich durch Abseitsstehen oder Gegenvorschläge der UNO und damit der USA in den Weg zu stellen. Übrigens sind nur Resolutionen des Welticherheitsrates bindend, nicht solche der Menschenrechtskommission und der Generalversammlung.

Willkür als Entscheidungsgrundlage

Daher auch die Macht der im Sicherheitsrat vertretenen fünf Grossmächte – USA, England, Russland, Frankreich und China – die durch ihr unbeschränktes und willkürliches Vetorecht ein eigenes undemokratisches Sonderrecht haben, dessen Abschaffung Castro auf dem UNO-Gipfel forderte. Seit ihrer Gründung sind trotz der von der UNO immer wieder wiederholten Versicherung, eine friedenserhaltende Organisation zu sein, mehr als 70 Hauptkonflikte ausgebrochen, wovon Korea, Vietnam, Ungarn, Mittlerer Osten, Tibet, und Biafra nur gerade einige wenige sind. Natürlich sind laut UNO-Charta (Art. 51) Verteidigungskriege weiter zugelassen. Man bedenke ferner, dass die Grossmächte gegen Sanktionen gefeit sind. Die USA kann Embargos bzw. Sanktionen beliebig verhängen resp. aufheben. So auch jetzt im Falle Chinas. Die wegen dessen Raketenexporte verhängten Sanktionen sind Ende November aufgehoben worden. Die gegen den Iran dagegen bleiben bestehen, weitgehend auch die -gegen Pakistan. China genießt diesen Sonderstatus lediglich wegen der sich im Rahmen seiner WTO-Mitgliedschaft eröffnenden Absatzmöglichkeiten für die USA, denn China wird seine Raketen-technologie mit Sicherheit auch weiter exportieren, stehen doch Abnehmer wie gerade Angola vor der Tür. UNO-Sanktionen gegen kleine Staaten verletzen im übrigen ganz bewusst die Menschenrechte, weil die Folgen von Sanktionen stets eine «Hungerwaffe» darstellen. Das UNO-Recht erlaubt ferner das Exeku-

tionsrecht gegenüber angeblichen «Friedensbrechern». Deren Konflikte werden ja, vor allem in Afrika, häufig durch die Grossmächte entfacht. Über die zu ergreifenden Schritte entscheiden dann wiederum nur die Grossmächte allein, so dass deren Beschlussfassung prinzipiell jeden Staat treffen kann, der keine Grossmacht darstellt.

Täuschung, stärker als Kanonen

Tritt die Schweiz also der UNO bei, begibt sie sich ihrer absoluten Neutralität, ihrer Unabhängigkeit und ihrer Freiheit. Alles andere ist eine Täuschung. Die Freiheit der Schweiz liegt gerade darin, dass sie an den von mir als verwerflich betrachteten Sanktionen nicht teilnehmen muss. Die von Remo Gysin, einem der Väter der «Initiative für den Beitritt der Schweiz zur UNO» behauptete Richterrolle der UNO ist schlichtweg inexistent; sie wird immer dann, wenn eine der Grossmächte dies will, durch deren Veto lahmgelegt, so dass die UNO-Richterrolle nur mit Zustimmung aller Grossmächte über die Bühne gehen kann. Ich zitiere Herrn Gysin erneut: Er möchte, dass es sein Initiativkomitee erreicht, dass die Menschen bei der Abkürzung UNO ein anderes Gefühl haben als bei der EU.

Symbolische Lügen

Auf die Frage, wie das zu erreichen sei, sagte er: Am besten durch symbolische Aktionen, wie etwa die Wanderung von Adolf Ogi mit Kofi Annan oder durch Annans Besuch beim Kinderfriedensfest in Basel. Wer soll das schlucken, mit oder ohne Wanderung hat Kofi Annan nicht viel mehr Einfluss als seine Vorgänger. Das letzten Juni in Basel abgehaltene Kinderfriedensfestival betrachte ich ohnedies als eine einzige Farce. Bis heute weiss ich nicht, wer es finanziert hat. Man muss sich einmal vorstellen, dass unter den Kindern auch solche waren, die aus IWF-gestützten Ländern mit diktatorischem Regime kamen. Und diese unmündigen Kinder sollen für den Frieden einstehen, in einer Kulisserie, in der es keiner der Anwesenden wagt, die Karten aufzudecken, indem er offen zugibt, dass der Friede den lieben Kleinen auch weiterhin versagt bleibt, wenn damit fortgefahren wird, genau die Waffen in ihre Länder zu schicken, die jede echte Demokratie verhindern.

Tabu Waffenhandel

Es ist nicht nachvollziehbar, dass niemand das Wort Waffen, das Grundübel, das jeden Frieden zerstört, über die Lippen brachte. Und keiner erwähnte, dass weltweit 300'000 Kinder unter Waffen stehen. Bei jenem Anlass titelte die BaZ in grosser Aufmachung: «Adolf Ogi verspricht Kofi Annan den UNO-Beitritt», was mir das Gefühl des absoluten Untertanen vermittelte. Ausgerechnet in seiner Rede zum 1. August 2000 sagte der Basler Regierungsratspräsident Ralph Lewin, «dass die Schweiz in der Staatengemeinschaft durchaus ihren Beitrag leisten könne, daher müssten wir endlich der UNO beitreten». Da frage ich mich, ob Herr Lewin die oben geschilderten Zusammenhänge je einer geistigen Sichtung unterzogen hat.

Die UNO produziert hausgemachte Teufelskreise

Ich komme jetzt zu den Worten Kofi Annans, die er Anfang September 1997 aussprach: Er sagte: Die UNO steckt in einem Teufelskreis, da der Waffenhandel der Mitgliedsstaaten die Konflikte anheizt, zu deren Beilegung dann die Weltorganisation zu Hilfe gerufen wird. Er bezeichnete dies «als eine perverse Situation». In mindestens 15 kriegerischen Auseinandersetzungen, mit denen die UNO gegenwärtig befasst sei, seien kleine und leichte Waffen die hauptsächlichsten oder einzigen Werkzeuge. Diese seien auf dem Weltmarkt überall erhältlich und es gäbe einen intensiven Wettbewerb um den Export dieser Waffen.

Afrika braucht alles andere dringender als Waffen

Derzeit rüstet sich Afrika genau mit diesen Kleinwaffen zu Tode. Russische Kalaschnikow-Gewehre sind in Sierra Leone, Liberia, im Kongo, in Angola, Sudan, Somalia und vielen anderen Ländern zu haben. Sie kommen direkt aus den beiden vom IWF gestützten Ländern Ukraine und Bulgarien, der Rest wird über israelische, belgische u.a. Waffenhändler geliefert, vor allem aus den ehemaligen Ostblockländern, die derzeit auf NATO-Waffen umrüsten. – Im folgenden ist ein Blick auf einen winzigen Ausschnitt der unter den Augen der UNO geführten Kriege zu werfen, damit das uns ständig vorgegaukelte Bild einer fähigen UNO ungestossen wird. Kofi Annan forderte übrigens bereits 1998, dass die Öffentlichkeit zwecks Friedenssicherung mehr Druck auf die Regierungen ausüben sollte. Hier kann man nur lakonisch anführen, dass diese die Bemühungen der zahlreichen Friedensorganisationen ganz einfach ignorieren.

Einägige UNO-Resolution

Die Luftangriffe auf Jugoslawien waren von der UNO nicht gebilligt! Letzten Dezember gab es daher einigen Wirbel, da zu befürchten stand, dass auf Grund der vom UNO-Kriegsverbrechertribunal zusammengetragenen Daten kritisches Licht auf das Vorgehen der NATO-Truppen im Kosovokonflikt fallen könnte. Keine Sorge, Carla del Ponte hat bereits klargemacht, dass es keine Ermittlungen gegen das Nordatlantische Militärbündnis geben wird.

Viel Geld, damit der Krieg nicht einschlüft

Es müsste auch zu denken geben, dass Israel UNO-Resolutionen nicht einzuhalten braucht, aber trotzdem viele Mrd. \$ pro Jahr von den USA erhält. In der UNO-Resolution 181 aus dem Jahr 1948 heisst es wörtlich: Vertriebene, die in ihre Heimat zurückkehren und in Frieden mit den Nachbarn leben wollen, sollen dazu baldmöglichst die Erlaubnis erhalten. Dieses verbriefte Recht auf Rückkehr betrifft heute 3.5 Millionen Palästinenser. Ein Teil davon lebt in Westjordanien und im Gazastreifen, im Libanon und in Syrien. Israels jüdische Gemeinschaft lehnt die Aufnahme dieser Flüchtlinge fast geschlossen ab.

Bezahlen sollen andere

Clinton forderte ihre dauerhafte Ansiedlung und – man höre genau hin – ihre Entschädigung durch die internationale Gemeinschaft. Durch die brutale Passivität der UNO in Osttimor im September 1999 kamen 200'000 Menschen ums Leben. Da eine der Hauptinteressen der USA dem an Ressourcen überreichen Indonesien gilt, gehe ich davon aus, dass deswegen zur Zeit auch kein Eingreifen der UNO in Westtimor erfolgt, wo die Milizen die Lager, in denen noch 120'000 Flüchtlinge auf die Rückkehr nach Osttimor warten, kontrollieren.

Invasion nach US-Fahrplan

Hier sei erwähnt, dass der widerrechtliche Überfall Indonesiens auf Osttimor am 7.12.75 mit vollem Wissen der USA geschah, da Präsident Ford und der damalige Aussenminister Kissinger bei ihrem Besuch in Indonesien am 6.12.75 die dortige Regierung baten, mit der Invasion zuzuwarten, bis sie das Land verlassen hätten. Nach der Annektierung blockierte die USA zusammen mit einer Minderheit von Staaten die Selbstbestimmung der Osttimoresen in der UNO. Da kann es der USA nur recht sein, wenn jetzt unter Präsident Wahid das Militär wieder mehr Macht gewinnt. Denn dieses schaut den derzeitigen Auseinandersetzungen zwischen Christen und Moslems tatenlos zu.

Geld regiert die Welt und korrumpiert die Politiker

Was Kissinger betrifft, so sass er im Vorstand des US-Konzerns Freeport, der auf Irian Jaya die weltweit grösste Gold- und die drittgrösste Kupfermine betreibt. Irian Jaya ist auch jetzt noch ein von den Indonesiern besetzter Teil Papua-Neuguineas. Tausende von Eingeborenen sind dort verjagt und enteignet worden. Soviel für den Friedensnobelpreisträger Kissinger. Was Tibet betrifft, so verhindert China im Sicherheitsrat, dass die UNO eingreifen kann. Der Sezessionskrieg in Sri Lanka währt seit 17 Jahren, ein Paradies für alle Waffenschieber. In Kolumbien haben wir einen sich über 39 Jahre hinziehenden Kampf zwischen Regierung und Guerilla. In diesem Zusammenhang wird gern übersehen, dass die im Rahmen der neoliberalen Globalisierung erfolgte Marktöffnung für landwirtschaftliche Produkte die Kleinbauern immer mehr verarmen lässt. Mit den agroindustriellen, subventionierten und billigen Importprodukten können auch Kolumbiens Kleinbauern nicht mehr konkurrieren, so dass sie ihre Überlebenschancen im Anbau von Kokapflanzen suchen. Der jetzt zwischen der USA und Kolumbien vereinbarte Plan Colombia, der eine Militärhilfe von 1.3 Mrd. \$ vorsieht, beinhaltet auch, dass die USA für knapp 40 Millionen \$ drei Luftwaffenstützpunkte im ecuadorianischen Manta sowie auf den Karibikinseln Aruba und Curacao ausbaut. Von dort aus werden die amerikanischen Aufklärungsmaschinen starten, um Flugzeuge der Drogenmafia und terrestrische Bewegungen auszumachen. Ein Krieg ohne Ende, mit eskalierender Präsenz der USA.

Waffen für Drogenproduzenten

Kolumbien ist nach Israel und Ägypten zum drittgrössten Empfänger von Militärhilfe durch die USA geworden. Es produziert 80% des auf der Welt konsumierten Kokains und versorgt drei Viertel des Heroinmarktes in den USA. Letztlich, denke ich, geht es hier aber auch vor allem um die Ressourcen und darum, die Guerilla aus dem Weg zu schaffen, um freie Hand in Chocó zu haben. Über das nahe an der Grenze zu Panama liegende Chocó, wo ganze Landstriche entvölkert und die Dörfer eingäschert wurden, erfahren Sie nichts durch die Presse. Dort vermutet man Kupfer, Nickel, Gold, Uran und Erdöl. Das Gebiet soll in Zusammenarbeit mit internationalen Firmen in eine Wirtschaftszone verwandelt werden. Vermerkt sei auch, dass Berichten zufolge die Ölförderung von Shell und BP in Kolumbien unter dem Schutz des Militärs steht. Die jetzt geplanten Zerstörungsaktionen der Kokaplantagen durch Besprühung mit Gift können zu einem zweiten Vietnam werden.

Planmässige und systematische Zerstörung der Umwelt

Sie bedrohen die Umwelt in der Andenregion und im Amazonastiefland. Ich habe noch nie gelesen, dass sich die UNO mit der Lage in Kolumbien befasst hätte. Machtlosigkeit gegenüber der Rüstungslobby? Für die lateinamerikanischen Menschenrechtler ist es unverständlich, dass die USA in Kolumbien eine Armee aufrüstet, die seit Jahrzehnten systematisch die Grundrechte verletzt.

Massenmorde von denen niemand spricht

In dem militärisch von den USA bestens ausgerüsteten Chile werden die Mapuche-Indianer sozusagen unter den Augen der UNO scheinbarweise erledigt. In Ruanda hatte die belgische Kolonialmacht die Unterschiede zwischen den Hutus, die Ackerbauern sind, und den Hirtengemeinschaften der Tutsi rassistisch übersteigert. Nach der Unabhängigkeit des Landes 1959 wurde dieses Konzept beibehalten. Es gipfelte dann im Völkermord von 1994, bei dem innerhalb von 3 Monaten fast eine Million Menschen starben. Unser Werte Hüter Frankreich hat natürlich auch noch nach Beginn des Völkermords Waffen an das dortige Hutu-Regime geliefert.

Nichts geschieht durch Zufall

Heute ist erwiesen, dass die USA, Frankreich und Belgien über die bevorstehenden Massaker informiert waren, es jedoch unterliessen, sich im UNO-Sicherheitsrat für Gegenmassnahmen einzusetzen. Grund: Weder die USA noch Belgien wollten eine weitere militärische Verwicklung in den Konflikt. – Britische und US-Kampffjets patrouillieren seit Ende des Golfkriegs über der Flugverbotszone des Iraks, um zu verhindern, dass Saddam Hussein seine Luftwaffe aufrüstet. Dieser Aktion wird ebenfalls ein dünnes humanitäres Mäntelchen umgehängt. Es wird uns gesagt, dass sie dazu dient, ethnische Minderheiten der Kurden im Norden

und die Schiiten im Süden des Landes zu schützen. Wieso lässt es die USA dann immer wieder zu, dass die türkische Armee auf irakisches Gebiet vordringt, um dort ihre gegen die Kurden gerichteten Offensiven durchzuführen? Jetzt will Grossbritannien seine Embargopolitik gegen den Irak neu überdenken und zu einer gemässigten Form gelangen.

Der Zweck heiligt die Mittel

Das kann nur einen Zweck haben: Eine Annäherung an den Irak, ein mit Sicherheit mit der USA abgesprochener Schritt, im Irak trotz aller gegen dieses Land begangenen Brutalitäten wieder Fuss zu fassen, um den Irak und anschliessend auch den Iran in das Konzept des geopolitischen Gürtels integrieren zu können.

Diamanten und Edelhölzer gegen Waffen

Seit der Unabhängigkeit vor 25 Jahren herrscht in Angola Krieg. Dort wurde schon zu Beginn der 90er Jahre zwecks Kontrolle der Erdölförderung die Rivalität zwischen der USA und Frankreich ausgetragen. Trotz des 1993 von der UNO erlassenen Verbots der Annahme der von der UNITA geschürften Diamanten ist es deren Chef Savimbi bisher noch immer gelungen, seine Waffen über den Antwerpener Diamantenhandel zu finanzieren. In letzteren sind aber auch Grossbritannien, die Schweiz und Israel verwickelt, während Bulgarien und die Ukraine als Waffenlieferanten Angolas anzuprangern sind. Man muss sich nur einmal vor Augen halten, dass 1997 in Liberia der einfache gunman Charles Taylor, also ein bewaffneter Räuber, die Macht übernommen hat. Durch den Verkauf von Kautschuk, Tropenholz und Mineralien konnte er seine Privatarmee aufbauen, die er in der Folge auf dem Gelände des US-Gummikonzerns Firestone trainierte. Wodurch Firestone nicht schlecht profitiert haben dürfte. Noch ein Blick auf Simbabwe. Die britischen Waffenlieferungen in dieses Land hatte Tony Blair trotz der dortigen prekären Lage persönlich genehmigt. Die Beteiligung am Kongo-Krieg hat das Land über zwei Jahre hinweg schätzungsweise 350 Millionen \$ gekostet, die es sozusagen in den Bankrott treiben.

Kriege sind die Profit-Zentren der Waffenindustrie

In den Kongokrieg sind neben Simbabwe auch Angola und Namibia verwickelt, Alliierte des kürzlich ermordeten Laurent Kabilas. Sollte jetzt nach dem Tod Laurent Kabilas die behauptete Kriegsmüdigkeit der Alliierten zutreffen, könnte eine Beendigung des Krieges näherrücken, da Angola und Simbabwe versucht sein könnten, mit Ruanda und Uganda eine Einigung über die friedliche Nutzung der Ressourcen zu treffen. Letztere sind ebenfalls in den Krieg verwickelt, wobei Uganda Finanzhilfe von der USA bezieht. Unter diesen Umständen kann kein Krieg zum Erliegen kommen. Das soll er wahrscheinlich auch gar nicht, denn in Kongo-Kinshasa liegen die Hauptressourcen des Landes, da möchte der Westen partizipieren. Beim Su-

dan muss man sich überlegen, wie stark der Konsens hinter den UNO-Fassaden sein muss, wenn es möglich ist, dass im Sudan trotz anhaltendem Krieg ein Unternehmen wie *Talisman Energy* im südsudanesischen Bürgerkriegsgebiet Öl fördert. Dieser Krieg hat aberwitzig brutale Seiten und bislang schätzungsweise 2 Millionen Menschen zum Opfer gehabt. 40% des von *Talisman* gegründeten Konsortiums zur Förderung des Öls hält erstaunlicherweise *China National Petroleum Corporation*, 30% die *Petronas* in Malaysia und 5% die *Sudan National Petroleum Corporation*. Daher stärken China und Malaysia dem Sudan bedingungslos den Rücken. China ist ausserdem der grösste Waffenlieferant des Regimes.

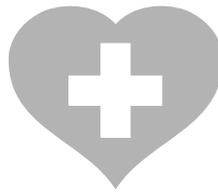
Die UNO kommt immer zu spät. Zufall?

Die beispiellose Verwüstung Afghanistans lässt sich der USA anlasten. Sie hat die Taleban über 10 Jahre hinweg finanziert und über Pakistan mit Waffen beliefert, damit diese ihre Herrschaft über ganz Afghanistan ausbreiten sollten. Ziel war es, eine Ölexportroute von Turkmenistan durch Afghanistan bis hinunter zu einem pakistanischen Hafen zu legen. Es war der USA offenbar gleichgültig, dass die Taleban schon damals 80% des Opiums anbauten, das in Richtung Norden über Zentralasien nach Russland und dann weiter nach Europa geht. Wie wir wissen, ging diese Rechnung nicht auf, da sich die Taleban von den USA lossagten. Das grauenerregende Elend in diesem Land ist regelmässig Bestandteil der Berichterstattung unserer Tagespresse. Wie weit der Zynismus geht, ist aus dem Fakt ersichtlich, dass die UNO ein Waffenembargo, Sie hören richtig!, erst dieser Tage ausgesprochen hat, obwohl das längst erforderlich gewesen wäre. Pakistan ist nach wie vor die wichtigste militärische Stütze der Taleban, mit zahlreichen als Berater getarnten Offizieren. Die derzeit wohl grauenerregendste Mordwelle läuft ohne irgendeine Intervention von Seiten der UNO in Algerien.

Konflikte lösen, doch nur auf Papier

Soviel für die UNO als Konfliktlöserin. Für mich hat auch die jetzt von der UNO vorgelegte «Konvention gegen das länderübergreifende organisierte Verbrechen» nur Papierwert, solange nicht wirklich etwas geschieht, um den Waffen- und Drogenhandel sowie die Diktaturen abzubauen. Bei dem Ausmass der Ohnmacht der UNO ist es unvorstellbar, wie Nationalrat Johannes Randegger bei seinen Überlegungen hinsichtlich einer Weltregierung – eine solche betrachte ich als eine gefährliche Absurdität – auf die Idee kommen konnte, eventuell die UNO als Weltregierung in Betracht zu ziehen. Es gilt auch zu beachten, dass jedes UNO-Mitglied, dessen Armee nicht an einer Konfliktlösung teilnimmt, sein Abseitsstehen durch eine Beteiligung an den Kriegskosten begleichen muss, was je nach Gegebenheiten in Milliardenhöhe sein kann.

Fortsetzung in der nächsten Ausgabe des Schweizer Demokraten



Violences sur un cercueil

Nous savons tous que nous vivons plus ou moins longtemps sur un vaste cimetière traversant les espaces sidéraux jusqu'à la fin des temps. La fin étant d'abord la nôtre semblable à ces milliards d'êtres vivants, hommes et bêtes, qui ont peuplé cette planète depuis des âges. Nous savons aussi que la plus grande majorité de sec cadavres le sont devenus à travers la violence par les armes, la faim, la maladie, le pouvoir et la lâcheté. Mais surtout à cause de l'incompétence, la stupidité ou une planification diabolique. Les sept péchés capitaux sont les chefs d'orchestre qui conduisent aux hécatombes.

On aurait pu s'attendre, grâce aux nouvelles sciences développées par nos supermen de ce troisième millénaire, à plus de contrôles, plus d'intelligence et surtout plus de

visions d'avenir claires, mais c'est le contraire qui s'installe: le manque d'imagination, l'oubli systématique d'expériences dramatiques et l'irrésistible désir de savoir et de pouvoir faire mieux que tous nos ancêtres, conduisant aux mêmes cimetières.

Les animaux sauvages continuent à tuer pour se nourrir = violence. Les insectes se dévorent toujours les uns, les autres = violence. Les requins ne sont pas devenus des saints = violence, l'engouement n'est pas devenu frugivore = violence, les fondamentalistes talibans, les musulmans soudanais, ou l'IRA irlandaise, les intouchables indiens et les tamouls au Sri Lanka = violence religieuse. Tous s'entre-tuent sur des charniers anciens ou récents. Mais si les hommes ne peuvent changer la «nature» et les

mœurs qui s'y rattachent, ils devraient au moins planifier leur propre survie. Mais ils s'amusent au contraire à préparer le terrain de futures violences qui s'inscrivent dans les gènes de leurs futurs enfants. Ces derniers se battent par hérédité, mais aussi par mimétisme. Pourquoi alors ne pas éradiquer les premières causes de ces tueries? Pourquoi vouloir à tout prix mélanger des races qui vivent de façon diamétralement opposée? Pourquoi tracer des frontières séparant des peuples frères? Pourquoi effacer d'autres frontières qui protègent politiquement des populations aux us et coutumes millénaires qui avaient réussi à s'entendre enfin? Pourquoi faire pousser au Pôle Nord des ananas qui feront concurrence aux peuples des îles? Pourquoi vider les mers de requins

et de tortues qui sont la nourriture des océaniens pour exciter d'autres peuples artificiellement? Pourquoi les schismes dans les religions qui se ressemblent, pour de simples questions d'itinéraires divinisés par des hommes? Pourquoi vouloir à tout prix manger des oranges au Pôle Nord ou des tomates italiennes au Bangladesh? Toutes ces planifications (et j'en passe), conduisent à l'incompréhension, l'agacement, la jalousie, les escarmouches, en un mot à la violence économique et guerrière.

N'y aura-t-il pas des humains capables de remettre chaque chose et chacun à sa place au lieu de cette fuite en avant consistant à tout mélanger, tout uniformiser, tout vulgariser, même s'il le faut, par clonage, par la force des armes ou celle des lois? *Mary Meissner*

Le Pileri

Drogue

Avec les divers articles qui commencent à paraître dans la presse quotidienne et à la télévision sur Fausto Cattaneo et ses démêlés avec Carla del Ponte et le procureur Dick Marty au sujet de grosses affaires de drogue, il serait bon quand même de dire que les autres divers commentaires accusant de petits trafiquants pris avec 72 kg de drogue (voir les trois Turcs mis en accusation le 21 juin) sont ridicules. Il y aurait lieu d'informer aussi le public sur les trafics internationaux passant à traverser les banques de notre pays (souvent pour la bonne cause) qui affectent des ressortissants de pays où l'Etat est un principal partenaire portant sur des contrats de 5000 kg de cocaïne déposés à Milan, ou de 10'000 kg de haschich attendant des acheteurs planqués en Hollande ou à Paris. (Lire le livre de Fausto Cattaneo «Comment j'ai infiltré les les cartels de la drogue.») Ed. Albin Michel. L'empoisonnement de notre jeunesse se fait à grande échelle grâce à des Carla del Ponte qui préfèrent arrêter de petits trafiquants transportant de petites quantités, ce qui est plus facile et moins dangereux que d'attendre quelques semaines de plus pour dénicher les têtes de réseaux et les planques faramineuses qui, à cause

de cette politique du moindre effort, deviennent des sources faciles et sans fin.

Heureusement qu'il y a encore des Dick Marty qui soutiennent des Fausto Cattaneo, mais hélas! ce ne sont que des aiguilles dans de gros tas d'immondices.

L'ours de Berne en sursis

Quelle bonne nouvelle! L'emblème de notre ours de Berne est sauvé pour le moment. Les touristes pourront encore se rendre à la Fosse aux Ours de Berne, et les armoiries de la ville et du canton flotteront encore fièrement dans le ciel helvétique. Ceci grâce aux signa-



LE
B

tures de 5806 citoyens de la ville fédérale qui ont refusé de voir sur les papiers officiels et autres documents, une espèce d'emblème formé de traits et de points sans aucune signification.

Comment ose-t-on laisser des farfelus genre Pipilotti, s'attaquer à des symboles millénaires sans réagir officiellement? Il y a des

miasmes bizarres qui embuent certaines cervelles bernoises!

Clonage humain

Décidément, l'être humain devient de plus en plus obtus et stupide. Au lieu de réfléchir avant de lancer des idées souvent suivies de faits concernant certaines inventions, il s'empresse de les réaliser au risque de se perdre. Voyez plutôt cette nouvelle idiosyncrasie qui atteint la procréation par clonage.

Fonds de solidarité

Quoique n'ayant rien contre la création d'un Fonds de solidarité tel que prévu par nos autorités toujours sous le coup d'une peur panique des Etats Unis, dirait-on, (car dans le cas contraire, elles se seraient regimbées en faisant la sourde oreille dans le sens d'une résistance passive) je me pose quand même la question que personne n'aborde: «A quoi ça sert tout ça?» Oh! bien sûr, les explications et prévisions sont présentées avec enthousiasme et précision, mais je doute fort que ce soit suffisant pour que ce fonds comble les véritables préoccupations humanitaires. Il risque plutôt de devenir une source inépuisable d'envies et de détournements, et surtout serve de subventions dirigées à l'inverse des bonnes intentions et certitudes des initiés.

Je n'en veux pour preuve que la situation actuelle des fonds en dés-
hérence qui ne sont toujours pas

distribués et qui profitent d'abord aux avocats-requins. Je propose donc un moratoire jusqu'à ce que les milliards promis aux victimes de l'holocauste soient tous versés exactement selon les promesses et engagements des acteurs qui ont dirigé à la baguette l'orchestration de ce mélodrame sans fin.

Mariages blancs

Il y a des années que notre parti critique l'immobilisme du Conseil Fédéral? concernant les mariages blancs que nous avons dénoncés à plusieurs reprises. Comme il n'y avait pas d'article de loi spécifique à ce délit qui visait à enfreindre le plus élémentaire des comportements vis-à-vis d'un conjoint de papiers offrant une nationalité usurpée par la ruse ou la «combinazione», les responsables fermaient les yeux et d'autres rageaient en silence. Aucune expulsion n'était possible en cas de séparation, de tromperie ou de malversations. Heureusement on aperçoit un léger réveil au sein du Conseil des Etats qui veut punir le recours au mariage blanc par l'expulsion de l'étranger malhonnête (incluant les demandeurs d'asile qui seront désormais passibles d'emprisonnement, d'une amende pouvant aller jusqu'à fr. 10.000.- et naturellement l'expulsion. Mieux vaut tard que jamais. Mais y aura-t-il effet rétroactif sur les cas dénoncés et avérés exacts?

Le Pileri

Suite de page 17

Le carcan de Schengen

Le mirage d'une entente internationale contre la criminalité qui permet une lutte efficace concrète sent la poudre et représente plus d'inconvénients que d'avantages. Avant de signer un quelconque accord, il y a lieu de peser les contraintes que la Suisse devrait subir dès la signature apposée. Il y aurait d'abord la marginalisation des cantons dans le domaine de la sécurité, une interdiction pour nos soldats d'avoir leur fusil d'assaut à la cave et surtout une grave menace sur le secret bancaire. Ce point très sensible et d'ores et déjà fortement refusé au niveau fédéral, entre de facto dans les accords de Schengen. Si la Suisse signe ces accords, elle devra ensuite accepter les évolutions futures sans avoir le droit de vote. Or le Conseil de l'Europe souhaite fortentement instaurer un droit de poursuite judiciaire et administrative dans les affaires financières, donc conséquemment, la mort du secret bancaire.

N'oublions pas, comme le souligne Fugen David du PDC de St. Gall que ce traité «colonial» obligerait notre pays «à appliquer un droit étranger et à autoriser des juges étrangers à agir sur notre territoire». Donc pas question de signer ces accords sans quelques modifications, y compris le droit de vote qui nous est refusé a priori.

La Suisse malade de son humanitarisme

L'insécurité augmente quoiqu'en disent les lobbies humanitaires bëlants qui ouvrent des shootoirs, légalisent le cannabis, n'arrêtent pas les casseurs de lampadaires et de vitrines, oublient de demander aux tagueurs de nettoyer leurs cochonneries, ne prennent aucune sanctions contre les déverseurs

d'immondices sur les trottoirs, qui oublient qu'une société qui renonce à punir, préférant comprendre, expliquer, excuser, soigner, et capituler en édictant des chartes en faveur des enfants ne comportant que des droits sans les devoirs, devient la première victime de son indulgence. Ces victimes étant nous, citoyens honnêtes et travailleurs, dirigés par nos partis gouvernementaux qui manquent de force décisionnelle et surtout de logique

**Echelon**

Fin mai, une commission du Parlement européen reconnaissait enfin officiellement l'existence du système américain d'interception Echelon. Ce dernier exerce une surveillance totale sur les communications transmises par téléphone, télécopie et courrier électronique et recherche les informations susceptibles de présenter un intérêt pour le gouvernement et l'économie des États-Unis.

Dans quelle mesure le système

Echelon est-il capable d'intercepter les communications en Suisse? Peut-il être utilisé aux fins de procurer des avantages concurrentiels aux entreprises américaines, au détriment des alliés occidentaux des États-Unis et notamment de la Suisse? Qu'est-ce que le Gouvernement envisage de faire afin de protéger les informations militaires, économiques et politiques contre le système d'interception Echelon? *Bernhard Hess*

Alors il ne faut pas s'étonner que des filles soient violées dans les transports publics sans que les passagers s'interviennent, que les vieilles dames se fassent arracher leur sac, que les rappeurs continuent à invectiver tous ceux qui sont trop polis et que les rave parties font de plus en plus de dégâts dans l'esprit et le comportement de notre jeunesse mal éduquée par des parents et souvent des professeurs laxistes. Les gens ont perdu leur repère aussi à cause du cinéma qui ne montre que des scènes de violence ou de catastrophes programmées qui les déboussolent. Où sont nos valeurs, le respect du public,

DS 
Démocrates Suisses

Si le contenu du «Démocrate Suisse / Schweizer Demokrat» vous plaît,

ABONNEZ-VOUS

Je désire m'abonner au «Démocrate Suisse» (Abonnement annuel fr. 25.-)

Nom: _____

Prénom: _____

Profession: _____

Date de naissance: _____

Adresse: _____

Signature: _____

Téléphone: _____

Envoyer à:
Démocrates Suisses,
Case postale 8116, 3001 Berne

Organe officiel des
Démocrates Suisses 

Secrétariat central:
Case postale 8116
3001 Berne
Tél. 031 - 974 20 10
Fax 031 - 974 20 11
Internet:
www.schweizer-demokraten.ch

Rédaction:
Démocrate Suisse
Case postale 8116
3001 Berne
Tél. 031 - 974 20 10
Fax 031 - 974 20 11
E-Mail:
sd-ds@bluewin.ch

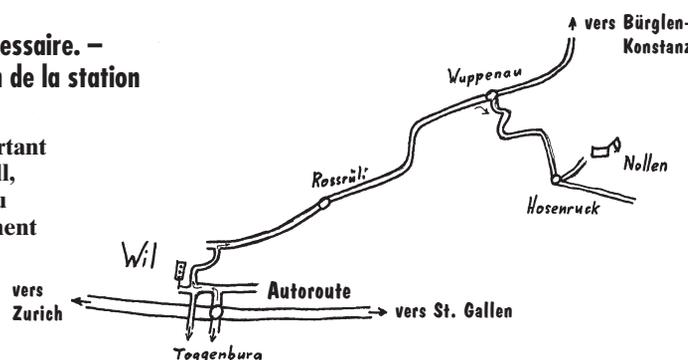
Invitation du parti des Démocrates Suisses (DS/AN) à la grande manifestation du

1er-Août**pour-fêter ses 40 ans d'existence**

Nous fêtons un grand jubilé organisé par la section des DS de Wil et environs, au restaurant «Nollen» qui se trouve dans la commune de Hosenruck (TG).

Une inscription n'est pas nécessaire. – Un bus spécial partira à 10 h de la station des CFF de Wil (SG)

Ci-contre un plan détaillé partant de l'autoroute Zurich-St. Gall, avec accès sur Wil-Wuppenau où l'on rejoint l'embranchement conduisant à Nollen.



l'amour de la vie que tant de jeunes ne trouve plus en se suicidant. Les invalides sont battus et dévalisés, des Angolaises se battent au couteau dans le préau d'une école, des bandes rivales de Kosovars et de Savoyards s'étripent sauvagement jusque dans les piscines et les règlements de compte sanglants, les attaques de professeurs ou d'élèves qui refusent de se laisser dépouiller se multiplient.

Pour ne pas effrayer la population, on étale de fausses statistiques en chantant «Tout va très bien Madame la Marquise!». Les citoyens sentent bien que le paysage urbain se dégrade, ils ont peur et n'osent plus traverser des zones dangereuses occupées par des dealers agressifs des bandes de jeunes multiraciales qui sèment la terreur dans les grands blocs de béton de nos cités surpeuplées, verrues de nos villes. C'est ainsi que par compassion humanitaire, la Suisse est devenue une tête de pont de la mafia albanaise en Europe. Madame Buffat l'a bien compris et c'est une des seules journalistes qui ose dénoncer ces anomalies que notre parti, lui aussi, dénonce depuis des décennies.

Expo 02 ou le tonneau des Danaïdes

Vous souvenez-vous des critiques que le pilori avait émises déjà lors des propositions présentées par la Pipilotti Rist initiatrice des projets farfelus et surtout coûteux qui ne dépassent, malgré les millions dépensés, pas même la surface des eaux du lac de Neuchâtel? Madame Wenger sait magnifiquement soutirer de l'argent à nos autorités, moins aux entreprises privées qui se méfient, et elle a réussi à inviter quelques milliers de badauds certain dimanche, ce qui ne veut pas dire que la partie soit gagnée, car cette invitation n'a rien montré du tout, le flou persiste et comme la ballade était gratuite, pourquoi pas combler le vide du dimanche en allant se rendre compte sur place du fiasco prévu de longue date par quelques sceptiques. Notre opinion n'a pas changé, et nous avons peur que le résultat final ne s'inscrive dans le livre des records coûteux.

Droit de cité au sujet de la régularisation des sans papiers ce dimanche 17 juin

La madame Ménétrety redevenue blonde, n'a cessé de prêcher l'acceptation et la régularisation de tous les sans papiers. Lorsque le délégué du Conseil Fédéral lui demanda à quel niveau elle fixait l'installation en Suisse de ces gens estimés au minimum à 150'000 et qui, grâce à un bras de fer positif passant par les églises, ouvriraient la porte à 1, 2 ou 3 millions, elle affirma avec arrogance, car elle sait mieux tout que tout le monde, que

Arena: La Suisse est-elle mûre pour entrer à l'ONU?

Discussion longue, monotone, peu intéressante et surtout décevante, ce samedi 23 juin, car rien de nouveau n'est sorti de ces joutes oratoires entre les diverses gauches qui sont pour l'entrée de notre pays à l'ONU et l'UDC-ASIN qui représentent seuls le refus populaire pour cette adhésion prématurée. A entendre les arguments des uns et des autres, on peut parfaitement comprendre certaines bonnes raisons. Mais elles sont tellement minimes vis-à-vis des mauvaises qu'il est grand temps de rompre le silence. Après les casques bleus, l'entrée dans l'UE ou l'envoi de soldats armés à l'étranger pour ne citer que cela, nos autorités ont brandi une fois de plus devant les citoyens fatigués, les images mille fois répétées d'ouverture, de solidarité, de protection des peuples, de paix et des Droits de l'Homme.

Si, par les médias, les citoyens suisses savent que les pays de l'Union européenne plus les USA tous membres de l'ONU, ont semé la mort sur la terre entière ces dernières années, soit par des frappes d'ingérence, par intérêts financiers à travers un trafic d'armes et de mines, soit par des contrats farmineux concernant certaines matières premières, signés avec des potentats achetés et laissés à la tête d'un pays justement dans ce but, tous pays frères en l'ONU, les uns détruisant les autres, par contre ils sont laissés dans le flou le plus fumeux concernant leur véritable poids en tant que partie prenante et cotisante.

Pour entrer dans ce club de délégués inefficaces qui ne font que

la situation ne serait jamais aussi dramatique. Oublie-t-elle que du temps de Schwarzenbach, il n'y avait qu'une dizaine de milliers de clandestins sans papiers, dont le nombre n'a fait que croître jusqu'à aujourd'hui. Il n'y a aucune raison que cela s'arrête.

De plus Ménétrety habite le canton de Vaud où il y a un peu plus de terrain que Genève. Nous sommes déjà tellement entassés les uns sur les autres ici, que le responsable de l'aménagement du territoire propose des déclassements de villas dont les propriétaires devraient renoncer à ce mode de vie pour laisser la place, dans l'intérêt public à des HLM comme les Avanchets, le Lignon ou Meyrin. Ne sait-on pas que cette immigration déguisée qui s'attaque surtout à Genève vu son statut international, vanté urbi et orbi, a besoin de logements, d'écoles, d'hôpitaux, de stations d'épuration, de déchetteries, etc. et qu'avec une politique à la Ménétrety et autres associations de bien-

parler autour d'une table, comme l'a dit à Arena monsieur Sfehr pour essayer de trouver la quadrature du cercle, il faut montrer patte d'or. Ces pro-onusiens considèrent que les millions déjà versés aux organisations onusiennes soeurs, plus ceux qui alimentent l'ONU elle-même et ceux que nous devrions verser en plus comme cotisation de membre, sont des clopinettes. On voit bien qu'ils n'appartiennent pas à la classe pauvre de la population. Il serait bon, pour convaincre le bon peuple puisqu'on va lui demander son avis, de lui dire quelles seront les retombées positives et négatives qui l'attendent dans sa vie quotidienne, ne serait-ce que par l'augmentation de la TVA ou d'autres impôts déguisés. Lorsqu'une personne désire entrer dans une association, elle demande à lire les statuts et les buts visés, les montants à payer par mois ou année, les possibilités de se retirer en tout temps, et la transparence des comptes dans un bilan compréhensible. Il faut également donner la liste de ceux qui paient et combien et des mauvais payeurs comme les Etats Unis.

On comprendrait alors l'intérêt vital qu'ont tous ces beaux messieurs qui jettent allégrement l'argent des autres par la fenêtre (banquets, voyages, paperasse par tonnes, surnuméraires qui deviennent des permanents entretenus,) à recevoir un dernier membre riche que l'on peut terroriser à travers des menaces (comptes en desherence, commissions Bergier, littérature et films déformant l'histoire,) puisqu'il y a eu des résultats probants.

faisance sans cervelle, nous aurons bientôt la joie de montrer aux touristes des favellas ornant nos villes ayant dévoré nos derniers lopins de terre.

Or, plus il y a d'êtres humains en Suisse, que Mme Ménétrety refuse de comparer à de vulgaires marchandises qui ont, elles, le libre passage, plus il faudra de bétonnage et plus il y aura atteinte à l'environnement. Comme tous les pays ne ressemblent pas à la Suisse étriquée qui manque de place, pourquoi ces migrants, immigrants, clandestins, réfugiés et autres sans papiers ne vont ils pas ailleurs poser leur bagage et crier leurs revendications? Un autre invité qui répondit à une question d'un téléspectateur demandant s'il accepterait que ces sans papiers viennent s'installer dans son jardin ou dans sa chambre ou sa maison, il répondit qu'il l'avait fait. Mais comment? En plaçant trois demandeurs d'asile dans une maison appartenant à la commune! Comme c'est facile de

En même temps, comme pour se faire pardonner, on achète à cette petite grenouille qui se croit être devenue un boeuf, des armes mortelles, comme les têtes explosives pour armes nucléaires à l'uranium appauvri, servant à équiper les canons anti-chars des Etats-Unis (pour 112 millions de dollars de missiles TOW et Dragons du fabricant d'armes SM à Thoune) dont parlait le Temps du 28 avril 1998. On a pu lire à l'époque ce commentaire. «ces charges explosives, testées actuellement en Amérique pourraient équiper les missiles de l'OTAN dans les prochaines années.» Pas de commentaires!

Donc beaucoup de citoyens sachant tout cela se grattent l'occiput. Tant de mensonges, tant d'hypocrisie! On parle ONU mais on pense OTAN? Alors la votation sur les soldats armés du dimanche 10 juin n'était qu'un prétexte pour convaincre par la bande les derniers récalcitrants, à faire un pas de plus vers le chauderon du mondialisme totalitaire.

Toujours à l'Arena, ceux qui ont invoqué le droit de veto comme défense possible se font des illusions. Ce droit n'est réservé qu'aux plus forts et aux plus belliqueux. Continuez Talibans, personne ne viendra vous ennuyer, continuez faiseuses d'excisions, vos pays sont membres de l'ONU, donc intouchables. Et vous Russes qui revenez à vos rêves hégémoniques, aucun obus de l'OTAN ne viendra vous arrêter ni en Tchétchénie, ni en Ukraine! Faut-il en dire plus?

Mary Meissner, Genève

réclamer «justice» ... en se lavant les mains!

Trafic moderne d'êtres humains

Les ministres des pays de l'Est réunis à Bucarest ont constaté qu'il fallait conjuguer leurs efforts pour lutter contre le trafic annuel d'un million de femmes et d'enfants pour la plupart ramassés en Hongrie, Albanie, Bosnie Herzégovine, Croatie, Grèce, Macédoine, Moldavie, Roumanie, Slovaquie, Turquie et Ukraine. Réussiront-ils à sécuriser leurs frontières, harmoniser leurs législations et renforcer les coopérations régionales, alors que des bruits courent qu'ils mettent en place l'exil massif vers l'Occident de plus de 2 millions de personnes. La cerise sur le gâteau, c'est leur attente d'une aide de l'ONU et du Conseil de l'Europe. Mais le mondialisme dictant cette politique de brassage empêchera toute aide pour stopper l'envahissement programmé.

Octopus

Offizielles Organ der
Schweizer
Demokraten **SD** 

SD-Zentralsekretariat
Postfach 8116, 3001 Bern
Telefon 031 974 20 10
Telefax 031 974 20 11
Postkonto 80-2270-0
(Zentralkasse Killwangen)
Internet:
www.schweizer-demokraten.ch
E-Post: sd-ds@bluewin.ch

Redaktion
Schweizer Demokrat
Postfach 8116
3001 Bern

Redaktoren:
Rudolf Keller, SD-Zentral-
präsident, Frenkendorf
Dr. Jean-Jacques Hegg,
Dübendorf (Leben und Umwelt)

Bernhard Hess, Nationalrat,
SD-Zentralsekretär, Bern (CR)

Dr. Dragan J. Najman, Grossrat,
Einwohnerrat, Baden

Willy Schmidhauser, Präsident
SD Thurgau, Dettighofen

Hans Steffen, Fischenthal

**Stärken Sie die
Schweizer Demokraten
durch Ihre Mitgliedschaft!**

Abonnement
SCHWEIZER DEMOKRAT
PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich

pro Mitgliederjahr Fr. 45.-
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der
Schweizer Demokraten (SD)
werden!
 Nur Zeitungsabonnement
 Nur Adressänderung

Name: _____

Vorname: _____

Beruf: _____ Jahrgang: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Wohnort: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Schweizer Demokraten (SD),
Postfach 8116, 3001 Bern
E-Post: sd-ds@bluewin.ch

UNO-Beitritt kommt für die SD nicht in Frage

Die Schweizer Demokraten (SD) sprechen sich klar gegen einen UNO-Beitritt aus. Eine UNO-Mitgliedschaft ist mit der Neutralität, wie sie der schweizerischen Auffassung entspricht, nicht vereinbar. Die Mitwirkungsrechte der Schweiz in der UNO, die dem Diktat der Grossmächte mit Vetorecht unterliegt, bleiben auch nach einem Beitritt unbedeutend.

SD gegen die Verschleuderung des Bürgerrechts

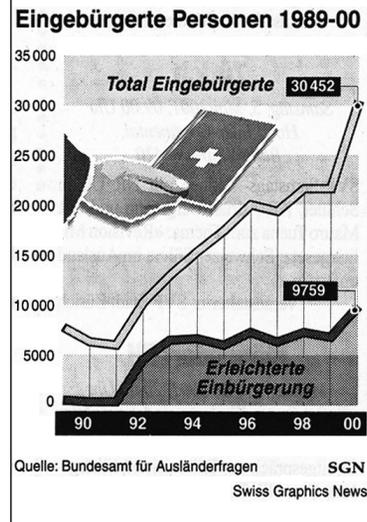
Die Schweizer Demokraten (SD) wenden sich vehement gegen den Vorschlag des Bundesrates, dass Ausländer der dritten Generation bereits bei der Geburt automatisch Schweizer werden sollen. Inakzeptabel ist auch die Idee der Einbür-

gerungserleichterungen bei der zweiten Ausländergeneration, auch dann, wenn sie den grössten Teil der Schulzeit in der Schweiz verbracht hat. Selbstverständlich lehnen die SD auch ein willkürliches Beschwerderecht gegen die Ablehnung von Einbürgerungen entschieden ab.

Die SD bekräftigen hiermit ihren Beschluss des Zentralvorstandes vom 17. Juni 2000, mit welchem das Referendum gegen jegliche Erleichterungen der Einbürgerungen und gegen die Verwässerung der Einbürgerungsvorschriften einstimmig beschlossen wurde. Niemals werden es die SD zulassen, dass das Schweizer Bürgerrecht zum Nulltarif verschleudert wird.

Bernhard Hess, Nationalrat und
SD-Zentralsekretär, Bern

40% MEHR EINBÜRGERUNGEN



Mehr Akzeptanz Gut verdient an Holocaust-Klagen

Die Akzeptanz von Rechtsextremismus nimmt in der Schweiz zu

In breiten Bevölkerungskreisen werden heute Argumentationen akzeptiert, die früher als rechtsextremistisch diskreditiert waren. Zu diesem Schluss kommt eine Analyse der Gesellschaft für bedrohte Völker, die in Bern vorgestellt wurde. Verantwortlich dafür sind gemäss Studie die nationalkonservativen Lager um die SVP, die Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz AUNS und die Schweizer Demokraten. Diese etablierten Gruppierungen hätten erreicht, dass extremistische Argumentationen heute in breiten Kreisen akzeptiert würden. Es müsste nun geprüft werden, ob Teile dieser Argumentationen nicht gegen die Anti-Rassismusstrafnorm versties-

sen. Die Auszahlungen aus dem deutschen Entschädigungsfonds für NS-Zwangsarbeiter haben noch nicht begonnen, da ist der Kampf der «Opferanwälte» um die Verteilung der 120 Millionen Mark Honorar, die aus dem Fonds ausbezahlt werden, voll entbrannt. Vor einem Schiedsgericht in New York streiten 17 internationale Kanzleien darüber, wer wieviel kassieren darf. Darunter ist auch der Münchner Anwalt Michael Witt, der erst 1991 seine Kanzlei eröffnet hat und mehr schlecht als recht

von ihr lebte. Das änderte sich schlagartig, als er 1996 mit dem US-Anwalt Ed Fagan die Zusammenarbeit begann. Auch dieser betrieb bis dahin eine miserabel gehende Kanzlei, bis er von nachrichtenlosen jüdischen Vermögen in der Schweiz las. Fagan kam auf die geniale Idee von Sammelklagen in den USA namens von Holocaust-Opfern und ist heute ein gemachter Mann.

Auch Rechtsanwalt Witt gibt unumwunden zu: «Ich habe gut verdient. Dazu stehe ich auch.»

SD-Motion im Nationalrat

Neue Hoffnung für Armeemuseum in Thun

Nationalrat Bernhard Hess (SD) und 90 Mitunterzeichnerinnen und Mitunterzeichner fordern in einer Motion, dass die Geschichte der Schweizer Armee der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird. Dabei wird er von seiner Partei, den Schweizer Demokraten (SD) unterstützt, welche in Bälde in dieser Sache ebenfalls im bernischen Grossen Rat vorstellig wird.

Bernhard Hess reagiert auf den Entscheid des Bundesrates, der leider im Mai 1999 eine weitergehende finanzielle Beteiligung des Bundes an einem damals baureifen Projekt in Thun/Steffisburg mit dem Hinweis auf die fehlende gesetzliche Grundlage abgelehnt hat. «Dank dem stolzen Resultat von immerhin 90 Mitunterzeichnenden schöpft Bernhard Hess durchaus berechtigte Hoffnung, dass die Geschichte der Schweizer Armee (ab 1800/1850 bis heute) in ihrem geschichtlichen, gesellschaftlichen

und sozialen Umfeld präsentiert werden kann», heisst es weiter.

Im Ortsteil Schwäbis

Das Museum könnte in der so genannten alten Pferderegianstalt in Thun, gelegen auf dem Boden der Gemeinde Steffisburg im Ortsteil Schwäbis, errichtet werden. Es handelt sich um eine historisch wertvolle Anlage aus der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, die von der Armee nicht mehr benötigt wird. Die Schweizer Armee habe im Leben der Schweizerischen Eidgenossenschaft während Jahrhunderten eine bedeutende, ja zuweilen entscheidende Rolle gespielt. «Das Armeemuseum soll sich auch als Dank für die Aktivdienstgeneration verstehen, welche in schwieriger Zeit viel für die Erhaltung der Unabhängigkeit geleistet hat», begründen die SD ihr Engagement.

Staatliche Arbeitsbeschaffung für linke Experten

Der Bundesrat hat weitere 4 Millionen Steuerfranken bewilligt für ein Forschungsprogramm von drei Jahren: «Ursachen der Wiedererstarkung der rechten Szene...!» Was für ein gewaltiger Unsinn. Was für eine unerhörte Frechheit? Dabei müsste die Exekutive nur endlich darauf achten, was das Volk wirklich bedrückt. Zuhören wäre alles und erst noch gratis! Der gewaltige Volksbetrug wird erst klar, wenn wir bedenken, dass die beauftragten «Forscher» wohl kaum der SVP oder den Schweizer Demokraten angehören, ganz bestimmt aber oder sehr wahrscheinlich den Linken, Grünen oder anderen Internationalisten. Was ist da noch zu tun? WS